

Fridays for Future Braunschweig  
Klimawahlcheck  
zur Landtagswahl 2022  
zu den Braunschweiger Direktkandidat\*innen

## **Anmerkungen:**

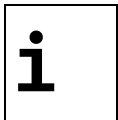
Wir haben ein Zeichenlimit von durchschnittlich 800 Zeichen pro Antwort vorgegeben, damit es auch ohne großen Zeitaufwand möglich ist, einige der Antworten zu lesen. Alle Parteien abgesehen von der CDU haben sich an diese Begrenzung gehalten.

Außerdem möchten wir anmerken, dass die Antworten der SPD-Kandidat\*innen uns zwölf Tage nach unserer gesetzten Abgabefrist erreicht haben und die Antworten der CDU-Kandidat\*innen 19 Tage nach Ablauf der Frist.

Wir bedanken uns bei allen Kandidat\*innen, dass sie sich die Zeit genommen haben, unsere Fragen zu beantworten. Es sind tatsächlich einige gute Ideen und Konzepte für Klimaschutz in Niedersachsen zusammengekommen.

## Frage 1: Grundsätzliches (Braunschweig Nord)

- a. Bis wann möchten Sie Niedersachsen in ein klimaneutrales Bundesland umwandeln?
- b. Nehmen Sie die Klimakrise und ihre Folgen ernst? Inwiefern zeigt sich das in ihrer bisherigen politischen Karriere? (nicht bewertet)
- c. Welchen Umfang an Geldern und Stellen benötigen Sie für eine angemessene Klimapolitik? Woher sollen diese Ressourcen stammen?
- d. Halten Sie es für richtig, den Verbrauch von materiellen Gütern und Energie deutlich zu reduzieren, um die existenzielle Gefahr durch die Klimakrise vielleicht noch abwenden zu können? An welchen Stellen möchten Sie dabei ansetzen?



Nach Berechnungen des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung bleibt Deutschland ab 2022 noch ein Budget von 3,1 Gt, um das 1,5-Grad-Ziel mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% einzuhalten. Bei linearem Emissionsrückgang würde es im Jahr 2031 aufgebraucht werden.

### Julia Retzlaff, SPD

a b c d

- a. Die Landesregierung hat zusammen mit Landwirtschafts- und Umweltverbänden eine Vereinbarung getroffen und ein Maßnahmenpaket für den Natur-, Arten- und Gewässerschutz beschlossen, das als sogenannter „Niedersächsischer Weg“ gemeinsam mit dem Niedersächsischen Klimagesetz unserem Bundesland bis 2045 eine ausgeglichene CO<sub>2</sub>-Bilanz verleihen soll. Maßgeblich an diesem Paket mitgewirkt hat unser Umweltminister Olaf Lies. Als SPD Niedersachsen sind wir aber überzeugt, dass wir auch schon fünf Jahre früher am Ziel sein könnten: In unserem Wahlprogramm streben wir an, bis 2040 klimaneutral zu sein. Bis dahin wollen wir z.B. den Energie- und Wasserstoffbedarf in Niedersachsen durch erneuerbare Energien abdecken.
- b. Wer das nicht ernst nimmt, lebt an der Realität vorbei. In unseren politischen Karrieren zeigt sich das beispielsweise an unseren Parteimitgliedschaften. Unter einem SPD-Umweltminister Olaf Lies ist es uns in dieser Legislatur gelungen, den Klimaschutz in die Landesverfassung aufzunehmen. „Als stellv. Vorsitzende der SPD im Regionalverband Großraum Braunschweig setze ich mich seit 2016 für den Ausbau des klimafreundlichen ÖPNV und eine bessere Vernetzung des Radverkehrs ein. Auch mit dem Ausbau erneuerbare Energien bin ich im Regionalverband befasst. Mit der Satzungsergänzung des Regionalen Raumordnungsprogramms zur Windenergie haben wir Vorrangflächen für Windenergie ausgewiesen, die das Potenzial zur Versorgung von 2,5 Mio. Haushalten mit Strom aus Windenergie haben.“
- c. Genaueres wird sich sicherlich erst im Rahmen der kommenden Haushaltsdebatten aufzeigen lassen. Aber beispielsweise für den Ausbau der Wasserstoffwirtschaft sind 2,3 Milliarden Euro an staatlichen Mitteln eingeplant. 1,6 Milliarden übernimmt der Bund und das Land Niedersachsen 700 Millionen Euro. Das soll im kommenden Septemberplenium beschlossen werden. Bei den derzeitigen Krisen, mit denen unser Land konfrontiert ist, ist die Schuldenbremse nicht mehr haltbar und sollte zumindest temporär ausgesetzt werden. Wir müssen jetzt in unsere Zukunft investieren
- d. Unseren Konsumverbrauch werden wir definitiv zurückfahren oder zumindest umstrukturieren müssen. Besonders der Ukrainekrieg führt uns die Wichtigkeit unserer Energiere Ressourcen und die anhaltenden Dürren jene unserer Wasserressourcen vor Augen.

Für uns Kandidaten in Braunschweig ist der Klimawandel eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit. Für uns ist der Umweltschutz auf unseren politischen Wegen immer wichtig und prägend gewesen. Wir sind der Meinung, dass Naturschutz ein zutiefst konservatives Thema ist. Nicht ohne Grund wurde auch in Braunschweig die Klima Union gegründet, in der auch wir vertreten sind. Der Weg zur Klimaneutralität ist auch unser Ziel. Auch wenn es leicht und konvenierend wäre ein Datum, wie durch viele andere dann noch ein rundes zu benennen, widerstehen wir solchen populistischen Versuchungen: Wir wollen ein klimaneutrales Niedersachsen so schnell wie möglich erreichen und nicht künstliche und von der Sachlage nicht gedeckte Daten in den Raum stellen. Wir wollen für die Dekarbonisierung unserer kompletten Energieversorgung mit aller Macht streiten. Dabei sagen wir eines ganz deutlich: Für uns gibt es keine ideologischen Verbote auf dem Weg zur Dekarbonisierung. Der Kernenergieausstieg vor dem Ausstieg aus Gas- und Kohlekraft war und ist ein Fehler allein auf Grund des Schadens für das Klima. Hier beschreitet Deutschland einen global einzigartigen Irrweg.

Genauso stehen wir zu den finanziellen Mitteln. Wir sehen einen Mindestbedarf, wollen aber keine beschränkende Höchstsumme festlegen. Wir stehen für Investitionen von mindestens 1 Mrd. Euro in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und effiziente CO<sub>2</sub>-Reduzierung, sehen aber bisher nicht, wo die Mittel enden können. Wir wollen Niedersachsen nicht nur sich selbst dekarbonisiert versorgen sehen, unsere Vision ist, Niedersachsen mit seinen Stärken im Bereich der erneuerbaren Energien zum "Energiland" für Deutschland zu entwickeln. Dafür möchten wir auch massive Mittel aufwenden. Ein weiterer Aspekt ist jedoch -und das betrifft Mittel- wie Stellen - das wir Klimaschutz ganzheitlich in der Landespolitik vertreten sehen wollen. Wir sehen nicht, dass mehr Klimaschutz erreicht wird, indem Stellen geschaffen werden, die sich nur um Klimaschutz kümmern, vielmehr muss Klimaschutz in jede Tätigkeit und Aufgabe getragen werden und dort berücksichtigt werden.

Aus diesem Grunde stehen wir dafür, unsere Gesellschaft zu mehr Nachhaltigkeit zu geleiten. Wir wollen den Wandel der Gesellschaft zur Nutzung weniger hochwertiger, langlebiger Güter an Stelle von dem Konsum vieler, kurzlebiger Wegwerfprodukte befördern. Wir stehen für Weiterverwendung vor Wiederverwendung und Wiederverwendung vor Recycling und Recycling als unterste Grenze der Warenkette anstatt Verwertung und Entsorgung. Wir stehen für Schaffung und Forschung von integrierten Produktions- und Nutzungszyklen. Wir stehen für die massive Förderung von Energieeffizienz um den bestehende Energieverbrauch massiv zu senken. Dabei stehen wir auch für nachhaltige Finanzierung durch die öffentliche Hand. Mittel für die oben genannten Maßnahmen wollen wir nicht durch Raubbau zu Lasten der kommenden Generationen schaffen. Wir wollen Mittel, die bisher in z.B. klimaschädlichen Subventionen stecken, freimachen. Dabei sehen wir auch die kostenlose Nutzung von Mitteln der Allgemeinheit (wie z.B. Wasser oder Grundwasser) als Subventionen und diese daher eine Marktverzerrungen darstellen.

## Swantje Schendel, Grüne

a b c d

- a. Wir GRÜNEN haben vor, die Treibhausgasemissionen in Niedersachsen so schnell wie möglich zu senken und Niedersachsen auf den Weg zu bringen, bis 2035 klimaneutral zu sein bzw. die Treibhausgasemissionen auf Netto Null zu bringen. Die Klimaziele im Niedersächsischen Klimagesetz passen wir an die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse und den 1,5-Grad-Pfad der Pariser Klimaziele an. Bis 2030 ist unser Ziel, die Treibhausgasemissionen um mindestens 80% im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, um bis 2035 die Netto-Null-Emissionen in Niedersachsen zu erreichen.
- b. Meine „politische Karriere“ hat erst mit der Wahl zur Landtagskandidatin im November 2021 begonnen. Zuvor war ich Aktivistin bei der Seebrücke und feministisch aktiv. Politisiert hat mich jedoch, wie viele junge Menschen, die Klimakrise und ihre spürbaren Folgen erleben. Veränderungen habe ich zuerst im eigenen Leben vorgenommen: Ich bin Lebensmittelretterin bei Foodsharing, habe auf Fair-Fashion und Second Hand Kleidung umgestellt, lebe vegan und vieles mehr. Wie vielen anderen kam mir jedoch die Erkenntnis, dass es vor allem politisches Handeln braucht, um die Klimakrise zu bekämpfen. Deshalb bin ich den GRÜNEN beigetreten.
- c. Wir GRÜNEN stehen für eine Finanzpolitik, die Zukunftsinvestitionen ermöglicht und das Land nicht kaputtspart. Wir wollen daher die Schuldenregel im Grundgesetz und in der niedersächsischen Verfassung so reformieren, dass sie Investitionen in Klimaschutz und Daseinsvorsorge besser gewährleistet. Um jetzt schon handlungsfähig zu sein, haben wir gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) einen Niedersachsenfonds entwickelt. Dieser Fonds wird mit einer Milliarde Stammkapital ausgestattet und soll mit Mitteln des Kapitalmarktes auf zehn Milliarden Euro anwachsen. Ein solcher Niedersachsenfonds soll zusammen mit Landesgesellschaften dazu eingesetzt werden, in den klimaneutralen Umbau der öffentlichen Gebäude des Landes und der Kommunen, den Aufbau einer klimaneutralen Versorgungsinfrastruktur sowie die öffentliche und soziale Daseinsvorsorge zu investieren.
- d. Ja, Energieeinsparungen, Energieeffizienz und ressourcenschonendes Wirtschaften gehören zu den Schlüsselfeldern, um die Klimakrise zu bekämpfen. Im Verkehrssektor braucht es dafür so schnell wie möglich eine Strategie mit dem zentralen Ziel einer deutlichen Reduzierung des Energieverbrauchs. Im Bereich der energieintensiven Metall- und Chemieindustrie wird es darum gehen, die Dekarbonisierung voranzutreiben. Auch die Transformation des Gebäudesektors ist ein Schlüssel zur dauerhaften Senkung der CO<sub>2</sub>Emissionen. Bei Neu- und Umbauten setzen wir auf die Verwendung schadstofffreier, nachwachsender und recycelter Baustoffe. Renovierung, Umbau und Modernisierung haben stets Vorrang vor Abriss. Ziel ist eine wirkliche Kreislaufwirtschaft, die Müll erst gar nicht entstehen lässt.

## Susanne Schütz, FDP

a b c d

- a. so schnell wie möglich - muss natürlich technisch machbar sein, 2045 wie noch vor Kurzem angestrebt, erscheint mir jetzt zu spät, auch vor dem Hintergrund, uns energetisch unabhängiger von Ländern wie Russland zu machen.
- b. ich nehme sie sehr ernst - meine „politische Karriere“ ist allerdings als Berufspolitiker noch nicht so lang - und als Fachsprecherin anfangs für Wissenschaft und Kultur, jetzt für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Bau nicht schwerpunktmäßig inhaltlich im Bereich Klimaschutz verortet. Für den Bereich Bau hab ich aber schon nach Übernahme der Sprecherfunktion begonnen auf die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung hinzuweisen und mit Vorschlägen zur NBauO das Thema Nachverdichtung voranzutreiben, um Neuversiegelungen von Baugrund eingrenzen zu können und trotzdem benötigten Wohnraum zu schaffen.
- c. das vermag ich wirklich nicht seriös zu schätzen, tut mir leid. Ich bin kein großer Freund von Personalaufwüchsen, sondern sehe Klimaschutz und dessen praktische Umsetzung als eine

Querschnittsaufgabe an, die alle Stellen des Landes in ihrem jeweiligen Rahmen im Auge haben müssen.

- d. ich halte die Forschung und Entwicklung neuer technischer Lösungen für einen bedeutenden Teil der Lösung - technische Lösungen, die zu effizienterer Heizung führen, alternative Beheizung in Gebäuden ermöglichen z.B.. Dass sparsamer Umgang mit Ressourcen darüberhinaus ein Teil der Lösung ist, ist dann das Ergebnis einer breiten öffentlichen Diskussion, viel Information und eines bewussten Entscheidungsprozesses der Menschen, dazu beitragen zu wollen. Intrinsische Motivation ist mir immer lieber als eine durch (oft schlecht erklärte) Verbote, die nur widerwillig eingehalten oder heimlich unterlaufen werden.

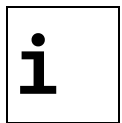
## Kai Tegethoff, VOLT

a b c d

- a. So schnell wie irgend möglich. Ambitionierte Ziele wie sie bspw. die Stadt Braunschweig verfolgt ("nach Möglichkeit bis 2030") sind begrüßenswert, jedoch nur wenn sie auch mit voller Konsequenz verfolgt werden, auch im für Niedersachsen so bedeutenden Verkehrssektor. Realistischerweise wird die Klimaneutralität flächendeckend erst später erreichbar sein. So setzen wir uns mit Volt in unseren Programmen als Ziel in Deutschland bis 2035 CO<sub>2</sub>-Neutralität und bis 2040 Klimaneutralität in Deutschland und ganz Europa zu erreichen. Niedersachsen muss somit spätestens 2040 klimaneutral sein, sollte seiner Verantwortung und seinen Möglichkeiten aber nachkommen und dies deutlich früher erreichen.
- b. Ja, die Klimakrise und ihre Folgen nehme ich sehr ernst. Das mangelnde und in weiten Strecken vollständig ausbleibende Handeln, um die Klimakrise zu bewältigen, haben mit dazu beigetragen, dass ich überhaupt erst in der Politik aktiv wurde und auch in meinem eigenen Verhalten spielt die Klimakrise eine alltägliche Rolle. Im Rat der Stadt sowie in den Fachausschüssen versuche ich mich konsequent dafür einzusetzen, dass in Braunschweig schnellstmöglich ein Weg, der uns aus der Klimakrise herausführt, eingeschlagen wird und versuche dafür zu werben noch größere Anstrengungen zu unternehmen. Gerade im Bereich der Verkehrspolitik, in dem ich in Braunschweig die hartnäckigsten Widerstände und bisher geringsten Erfolge sehe, versuche ich mich einzusetzen. Eine umfassende Mobilitätswende sehe ich als eine unserer größten Herausforderungen.
- c. An dieser Stelle eine seriöse Zahl zu nennen ist aus meiner Position heraus nicht möglich. Für eine angemessene Klimapolitik bedarf es zwar auch zusätzlicher Ressourcen, viel wichtiger aber ist, dass die vorhandenen Gelder und Stellen immer mit dem Ziel Klimaneutralität zu erreichen eingesetzt werden. Die Klimapolitik muss als Querschnittsaufgabe verstanden werden und bei jeglichen Überlegungen und Entscheidungen angemessen berücksichtigt werden. Zusätzlich müssen wir konsequente Klimapolitik als Chance begreifen. Wenn wir über klimapolitische Maßnahmen die Energiebranche, die Verkehrsbranche, die Landwirtschaft, die Baubranche, usw. dazu bringen sich innovativ aufzustellen, dann ist dies die nachhaltigste Sicherung und der größtmögliche Gewinn für unsere Zukunft.
- d. Zielvorstellung muss eine vollständige Kreislaufwirtschaft sein, sowohl bezogen auf materielle Güter, als auch auf Energie (= 100% Erneuerbare Energie). Solange wir das nicht erreichen können, müssen wir alle Einflussmöglichkeiten nutzen, jeglichen Verbrauch von materiellen Gütern und Energie zu minimieren. Dazu gehört es einerseits Anreize zu schaffen, bspw. für den Ausbau von Wind- und Solarenergie, Förderung ökologischer Landwirtschaft und den Ausbau des ÖPNVs. Andererseits muss klimaschädliches Verhalten aber auch konsequent sanktioniert und mit dem tatsächlichen Preis versehen werden. Hierzu gehören bspw. eine angemessene CO<sub>2</sub>-Bepreisung, ein starkes Lieferkettengesetz und höhere Kosten und Einschränkungen für den motorisierten Individualverkehr. Einzelne Stellen auszusparen können wir uns nicht erlauben.

## Frage 1: Grundsätzliches (Braunschweig Süd)

- a. Bis wann möchten Sie Niedersachsen in ein klimaneutrales Bundesland umwandeln?
- b. Nehmen Sie die Klimakrise und ihre Folgen ernst? Inwiefern zeigt sich das in ihrer bisherigen politischen Karriere? (nicht bewertet)
- c. Welchen Umfang an Geldern und Stellen benötigen Sie für eine angemessene Klimapolitik? Woher sollen diese Ressourcen stammen?
- d. Halten Sie es für richtig, den Verbrauch von materiellen Gütern und Energie deutlich zu reduzieren, um die existenzielle Gefahr durch die Klimakrise vielleicht noch abwenden zu können? An welchen Stellen möchten Sie dabei ansetzen?



Nach Berechnungen des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung bleibt Deutschland ab 2022 noch ein Budget von 3,1 Gt, um das 1,5-Grad-Ziel mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% einzuhalten. Bei linearem Emissionsrückgang würde es im Jahr 2031 aufgebraucht werden.

### **Annette Schütze, SPD**

a b c d

- a. Die Landesregierung hat zusammen mit Landwirtschafts- und Umweltverbänden eine Vereinbarung getroffen und ein Maßnahmenpaket für den Natur-, Arten- und Gewässerschutz beschlossen, das als sogenannter „Niedersächsischer Weg“ gemeinsam mit dem Niedersächsischen Klimagesetz unserem Bundesland bis 2045 eine ausgeglichene CO<sub>2</sub>-Bilanz verleihen soll. Maßgeblich an diesem Paket mitgewirkt hat unser Umweltminister Olaf Lies. Als SPD Niedersachsen sind wir aber überzeugt, dass wir auch schon fünf Jahre früher am Ziel sein könnten: In unserem Wahlprogramm streben wir an, bis 2040 klimaneutral zu sein. Bis dahin wollen wir z.B. den Energie- und Wasserstoffbedarf in Niedersachsen durch erneuerbare Energien abdecken.
- b. Wer das nicht ernst nimmt, lebt an der Realität vorbei. In unseren politischen Karrieren zeigt sich das beispielsweise an unseren Parteimitgliedschaften. Unter einem SPD-Umweltminister Olaf Lies ist es uns in dieser Legislatur gelungen, den Klimaschutz in die Landesverfassung aufzunehmen.
- c. Genaueres wird sich sicherlich erst im Rahmen der kommenden Haushaltsdebatten aufzeigen lassen. Aber beispielsweise für den Ausbau der Wasserstoffwirtschaft sind 2,3 Milliarden Euro an staatlichen Mitteln eingeplant. 1,6 Milliarden übernimmt der Bund und das Land Niedersachsen 700 Millionen Euro. Das soll im kommenden Septemberplenium beschlossen werden. Bei den derzeitigen Krisen, mit denen unser Land konfrontiert ist, ist die Schuldenbremse nicht mehr haltbar und sollte zumindest temporär ausgesetzt werden. Wir müssen jetzt in unsere Zukunft investieren
- d. Unseren Konsumverbrauch werden wir definitiv zurückfahren oder zumindest umstrukturieren müssen. Besonders der Ukrainekrieg führt uns die Wichtigkeit unserer Energieressourcen und die anhaltenden Dürren jene unserer Wasserressourcen vor Augen.

### **Oliver Schatta, CDU**

a b c d

Für uns Kandidaten in Braunschweig ist der Klimawandel eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit. Für uns ist der Umweltschutz auf unseren politischen Wegen immer wichtig und prägend gewesen. Wir sind der Meinung, dass Naturschutz ein zutiefst konservatives Thema ist. Nicht ohne Grund wurde auch in Braunschweig die Klima Union gegründet, in der auch wir vertreten sind. Der Weg zur Klimaneutralität ist

auch unser Ziel. Auch wenn es leicht und konvenierend wäre ein Datum, wie durch viele andere dann noch ein rundes zu benennen, widerstehen wir solchen populistischen Versuchungen: Wir wollen ein klimaneutrales Niedersachsen so schnell wie möglich erreichen und nicht künstliche und von der Sachlage nicht gedeckte Daten in den Raum stellen. Wir wollen für die Dekarbonisierung unserer kompletten Energieversorgung mit aller Macht streiten. Dabei sagen wir eines ganz deutlich: Für uns gibt es keine ideologischen Verbote auf dem Weg zur Dekarbonisierung. Der Kernenergieausstieg vor dem Ausstieg aus Gas- und Kohlekraft war und ist ein Fehler allein auf Grund des Schadens für das Klima. Hier beschreitet Deutschland einen global einzigartigen Irrweg.

Genauso stehen wir zu den finanziellen Mitteln. Wir sehen einen Mindestbedarf, wollen aber keine beschränkende Höchstsumme festlegen. Wir stehen für Investitionen von mindestens 1 Mrd. Euro in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und effiziente CO<sub>2</sub>-Reduzierung, sehen aber bisher nicht, wo die Mittel enden können. Wir wollen Niedersachsen nicht nur sich selbst dekarbonisiert versorgen sehen, unsere Vision ist, Niedersachsen mit seinen Stärken im Bereich der erneuerbaren Energien zum "Energiland" für Deutschland zu entwickeln. Dafür möchten wir auch massive Mittel aufwenden. Ein weiterer Aspekt ist jedoch -und das betrifft Mittel- wie Stellen - das wir Klimaschutz ganzheitlich in der Landespolitik vertreten sehen wollen. Wir sehen nicht, dass mehr Klimaschutz erreicht wird, indem Stellen geschaffen werden, die sich nur um Klimaschutz kümmern, vielmehr muss Klimaschutz in jede Tätigkeit und Aufgabe getragen werden und dort berücksichtigt werden.

Aus diesem Grunde stehen wir dafür, unsere Gesellschaft zu mehr Nachhaltigkeit zu geleiten. Wir wollen den Wandel der Gesellschaft zur Nutzung weniger hochwertiger, langlebiger Güter an Stelle von dem Konsum vieler, kurzlebiger Wegwerfprodukte befördern. Wir stehen für Weiterverwendung vor Wiederverwendung und Wiederverwendung vor Recycling und Recycling als unterste Grenze der Warenkette anstatt Verwertung und Entsorgung. Wir stehen für Schaffung und Forschung von integrierten Produktions- und Nutzungszyklen. Wir stehen für die massive Förderung von Energieeffizienz um den bestehende Energieverbrauch massiv zu senken. Dabei stehen wir auch für nachhaltige Finanzierung durch die öffentliche Hand. Mittel für die oben genannten Maßnahmen wollen wir nicht durch Raubbau zu Lasten der kommenden Generationen schaffen. Wir wollen Mittel, die bisher in z.B. klimaschädlichen Subventionen stecken, freimachen. Dabei sehen wir auch die kostenlose Nutzung von Mitteln der Allgemeinheit (wie z.B. Wasser oder Grundwasser) als Subventionen und diese daher eine Marktverzerrungen darstellen.

## Dr. Andreas Hoffmann, Grüne

a b c d

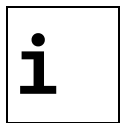
- a. In unserem Landtagswahlprogramm formulieren wir eindeutig das Ziel, dass Niedersachsen bis zum Jahr 2035 klimaneutral sein soll und hinterlegen das auch mit den dafür erforderlichen Maßnahmen zum zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien, zur energetischen Sanierung der Gebäude, für eine echte Verkehrswende und zum Stopp der Treibhausgasemissionen aus kohlenstoffreichen Böden.
- b. Für mich ist die Klimakrise die größte Herausforderung unserer Zeit. Die Bewältigung ist der Grund, mich seit 14 Jahren bei den Grünen zu engagieren. Außerdem arbeite ich im Klimaschutz der Stadt Braunschweig an verschiedenen Projekten mit, um auch auf lokaler Ebene Klimaneutralität zu erreichen. Wenn wir so weiter machen wie bisher, werden wir die Klimakrise nicht bewältigen. Für mich heißt das, wenn wir den nachfolgenden Generationen noch einen lebenswerten Planeten hinterlassen wollen, müssen wir jetzt konsequent handeln und Klimaschutzmaßnahmen mit oberster Priorität in allen Bereichen umsetzen.
- c. Die Europäische Union rechnet mit Kosten von mind. 10.000 € pro Einwohner zur Erreichung der Klimaneutralität. Diese Zahl ist sehr abstrakt und unspezifisch und dürfte in Deutschland höher liegen als in anderen Teilen Europas. Wir wollen einen Fonds in Höhe von 10 Mrd. € auflegen, um daraus die energetische Gebäudesanierung, den Ausbau der Erneuerbaren und den klimagerechten Umbau der Wirtschaft in Niedersachsen zu unterstützen. Wie hoch auch immer die Summe am Ende ist, die zur Klimaanpassung benötigt wird: Klar ist, wenn wir jetzt nichts zu tun, müssen wir für die Folgen der Klimakrise mehr zahlen. Jeder Euro in Klimaschutz ist daher sinnvoll investiert.



- d. Der Verbrauch von Energie und privater Konsum tragen wesentlich zur Klimakrise bei. Ein simples Ersetzen fossiler Energie durch Erneuerbare wird nicht ausreichen. Im Baubereich muss mehr gedämmt und Gebäude energetisch saniert werden, um Energie einzusparen. In der Logistik muss auf Schienen und Schiffe verlagert und kürzere Lieferketten ermöglicht werden. Im Individualverkehr müssen Maßnahmen ergriffen werden, um Menschen zum Umstieg auf Fußverkehr, Fahrrad und ÖPNV zu bewegen und klimaschädliche Subventionen abgeschafft werden. Wir dürfen nicht vergessen: 1% der Bevölkerung verursacht den größten Teil der Emissionen. Die Bewältigung der Klimakrise muss auch immer mit gezielter Förderung, Umverteilung und regulierenden Gesetzen einhergehen, nur so schaffen wir auch soziale Gerechtigkeit.

## Frage 1: Grundsätzliches (Braunschweig West)

- a. Bis wann möchten Sie Niedersachsen in ein klimaneutrales Bundesland umwandeln?
- b. Nehmen Sie die Klimakrise und ihre Folgen ernst? Inwiefern zeigt sich das in ihrer bisherigen politischen Karriere? (nicht bewertet)
- c. Welchen Umfang an Geldern und Stellen benötigen Sie für eine angemessene Klimapolitik? Woher sollen diese Ressourcen stammen?
- d. Halten Sie es für richtig, den Verbrauch von materiellen Gütern und Energie deutlich zu reduzieren, um die existenzielle Gefahr durch die Klimakrise vielleicht noch abwenden zu können? An welchen Stellen möchten Sie dabei ansetzen?



Nach Berechnungen des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung bleibt Deutschland ab 2022 noch ein Budget von 3,1 Gt, um das 1,5-Grad-Ziel mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% einzuhalten. Bei linearem Emissionsrückgang würde es im Jahr 2031 aufgebraucht werden.

### **Christoph Bratmann, SPD**

a b c d

- a. Die Landesregierung hat zusammen mit Landwirtschafts- und Umweltverbänden eine Vereinbarung getroffen und ein Maßnahmenpaket für den Natur-, Arten- und Gewässerschutz beschlossen, das als sogenannter „Niedersächsischer Weg“ gemeinsam mit dem Niedersächsischen Klimagesetz unserem Bundesland bis 2045 eine ausgeglichene CO<sub>2</sub>-Bilanz verleihen soll. Maßgeblich an diesem Paket mitgewirkt hat unser Umweltminister Olaf Lies. Als SPD Niedersachsen sind wir aber überzeugt, dass wir auch schon fünf Jahre früher am Ziel sein könnten: In unserem Wahlprogramm streben wir an, bis 2040 klimaneutral zu sein. Bis dahin wollen wir z.B. den Energie- und Wasserstoffbedarf in Niedersachsen durch erneuerbare Energien abdecken.
- b. Wer das nicht ernst nimmt, lebt an der Realität vorbei. In unseren politischen Karrieren zeigt sich das beispielsweise an unseren Parteimitgliedschaften. Unter einem SPD-Umweltminister Olaf Lies ist es uns in dieser Legislatur gelungen, den Klimaschutz in die Landesverfassung aufzunehmen.
- c. Genaueres wird sich sicherlich erst im Rahmen der kommenden Haushaltsdebatten aufzeigen lassen. Aber beispielsweise für den Ausbau der Wasserstoffwirtschaft sind 2,3 Milliarden Euro an staatlichen Mitteln eingeplant. 1,6 Milliarden übernimmt der Bund und das Land Niedersachsen 700 Millionen Euro. Das soll im kommenden Septemberplenium beschlossen werden. Bei den derzeitigen Krisen, mit denen unser Land konfrontiert ist, ist die Schuldenbremse nicht mehr haltbar und sollte zumindest temporär ausgesetzt werden. Wir müssen jetzt in unsere Zukunft investieren
- d. Unseren Konsumverbrauch werden wir definitiv zurückfahren oder zumindest umstrukturieren müssen. Besonders der Ukrainekrieg führt uns die Wichtigkeit unserer Energieressourcen und die anhaltenden Dürren jene unserer Wasserressourcen vor Augen.

### **Sophie Ramdor, CDU**

a b c d

Für uns Kandidaten in Braunschweig ist der Klimawandel eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit. Für uns ist der Umweltschutz auf unseren politischen Wegen immer wichtig und prägend gewesen. Wir sind der Meinung, dass Naturschutz ein zutiefst konservatives Thema ist. Nicht ohne Grund wurde auch in Braunschweig die Klima Union gegründet, in der auch wir vertreten sind. Der Weg zur Klimaneutralität ist

auch unser Ziel. Auch wenn es leicht und konvenierend wäre ein Datum, wie durch viele andere dann noch ein rundes zu benennen, widerstehen wir solchen populistischen Versuchungen: Wir wollen ein klimaneutrales Niedersachsen so schnell wie möglich erreichen und nicht künstliche und von der Sachlage nicht gedeckte Daten in den Raum stellen. Wir wollen für die Dekarbonisierung unserer kompletten Energieversorgung mit aller Macht streiten. Dabei sagen wir eines ganz deutlich: Für uns gibt es keine ideologischen Verbote auf dem Weg zur Dekarbonisierung. Der Kernenergieausstieg vor dem Ausstieg aus Gas- und Kohlekraft war und ist ein Fehler allein auf Grund des Schadens für das Klima. Hier beschreitet Deutschland einen global einzigartigen Irrweg.

Genauso stehen wir zu den finanziellen Mitteln. Wir sehen einen Mindestbedarf, wollen aber keine beschränkende Höchstsumme festlegen. Wir stehen für Investitionen von mindestens 1 Mrd. Euro in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und effiziente CO<sub>2</sub>-Reduzierung, sehen aber bisher nicht, wo die Mittel enden können. Wir wollen Niedersachsen nicht nur sich selbst dekarbonisiert versorgen sehen, unsere Vision ist, Niedersachsen mit seinen Stärken im Bereich der erneuerbaren Energien zum "Energiland" für Deutschland zu entwickeln. Dafür möchten wir auch massive Mittel aufwenden. Ein weiterer Aspekt ist jedoch -und das betrifft Mittel- wie Stellen - das wir Klimaschutz ganzheitlich in der Landespolitik vertreten sehen wollen. Wir sehen nicht, dass mehr Klimaschutz erreicht wird, indem Stellen geschaffen werden, die sich nur um Klimaschutz kümmern, vielmehr muss Klimaschutz in jede Tätigkeit und Aufgabe getragen werden und dort berücksichtigt werden.

Aus diesem Grunde stehen wir dafür, unsere Gesellschaft zu mehr Nachhaltigkeit zu geleiten. Wir wollen den Wandel der Gesellschaft zur Nutzung weniger hochwertiger, langlebiger Güter an Stelle von dem Konsum vieler, kurzlebiger Wegwerfprodukte befördern. Wir stehen für Weiterverwendung vor Wiederverwendung und Wiederverwendung vor Recycling und Recycling als unterste Grenze der Warenkette anstatt Verwertung und Entsorgung. Wir stehen für Schaffung und Forschung von integrierten Produktions- und Nutzungszyklen. Wir stehen für die massive Förderung von Energieeffizienz um den bestehende Energieverbrauch massiv zu senken. Dabei stehen wir auch für nachhaltige Finanzierung durch die öffentliche Hand. Mittel für die oben genannten Maßnahmen wollen wir nicht durch Raubbau zu Lasten der kommenden Generationen schaffen. Wir wollen Mittel, die bisher in z.B. klimaschädlichen Subventionen stecken, freimachen. Dabei sehen wir auch die kostenlose Nutzung von Mitteln der Allgemeinheit (wie z.B. Wasser oder Grundwasser) als Subventionen und diese daher eine Marktverzerrungen darstellen.

## Louise Bohne, Grüne

a b c d

- a. In unserem Landtagswahlprogramm formulieren wir eindeutig das Ziel, dass Niedersachsen bis zum Jahr 2035 klimaneutral sein soll und hinterlegen das auch mit den dafür erforderlichen Maßnahmen zum zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien, zur energetischen Sanierung der Gebäude, für eine echte Verkehrswende und zum Stopp der Treibhausgasemissionen aus kohlenstoffreichen Böden.
- b. Die Bewältigung der Klimakrise ist global die größte politische und gesellschaftliche Herausforderung. Welche Folgen diese Krise schon heute für uns hat, erleben wir gerade in diesem wiederholt viel zu heißen und viel zu trockenen Sommer. Wir sehen absterbende Wälder, verdorrte Felder und Wiesen, trocken gefallene Bäche und Flüsse. Und wir erleben, wie uns die wochenlangen Hitzewellen auch gesundheitlich belasten. Wer das nicht ernst nimmt, sollte in diesem Land keine politische Verantwortung übernehmen. Für mich persönlich ist die Klimakrise ein sehr wichtiger Grund warum ich mich politisch engagiere.
- c. Wir wollen einen Niedersachsenfonds auflegen und diesen zunächst mit 10 Milliarden Euro ausstatten. Aus den Mitteln dieses Fonds wollen wir die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden finanzieren und von privaten Immobilien fördern, die Wirtschaft bei ihrem klimagerechten Umbau unterstützen und den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben. Dabei gilt es vor allem, durch gezielte Förderung privates Kapital zu aktivieren. Dank der bereits von der Ampelkoalition auf Bundesebene beschlossenen Gesetzesänderungen (Stichwort EEG-Novelle, Wind-an-Land-Gesetz) wird das auch in erheblichen Umfang möglich sein.

- d. Wir werden den bisherigen Verbrauch fossiler Energieträger nicht 1:1 durch regenerative Energien ersetzen können, sondern müssen in erheblichem Umfang einsparen. Das gilt vor allem im Wärmebereich, wo wir aktuell mehr als 50% unserer Primärenergie verbrauchen. Deshalb setzen wir uns im Neubaubereich für den Passivhausstandard und im Gebäudebestand für die energetische Sanierung ein, mit der der Energiebedarf drastisch reduziert werden kann. Auch im Verkehrsbereich ist klar, dass wir den LKW-Verkehr durch Verlagerung auf Schiene und Wasserstraße und den motorisierten Individualverkehr durch Umstieg auf das Fahrrad und auf öffentliche Verkehrsmittel reduzieren müssen.

## Susan Bühling, VOLT

a b c d

- a. Bis 2040.
- b. Ja, auch wenn ich mich immer wieder daran erinnern muss, dass wir jetzt akut handeln müssen. Denn in meinem Alltag, durch die Menschen um mich herum, die Gesellschaft und die Politik bekomme ich dieses Signal nur wenig vermittelt. Und ich denke, so geht es vielen Menschen. Genau diese Gedanken und Sorgen um die Klimakrise haben mich erst dazu bewogen politisch aktiv zu werden. Tatenlos und damit hoffnungslos zusehen wollte ich nicht mehr. Die Bewältigung der Klimakrise hat viel mit Zusammenarbeit zu tun und das Ziel von Volt, die Staaten in Europa zu stärkerer und besserer Zusammenarbeit zu bewegen, war und ist für mich ein großer Teil der Lösung.
- c. Wir haben als junge, noch nicht im Landtag vertretene Partei keinen direkten Einblick in das Umweltministerium oder Kapazitäten für genaue Finanzplanung auf Landesebene. Deshalb können wir nicht beziffern, wie viele Stellen und wie viel Geld eine angemessene Klimapolitik benötigt. Grundsätzlich darf Klimapolitik jedoch nicht am Geld scheitern. Dafür befürworten wir an einigen Stellen Steuererhöhungen und sind in gewissem Umfang bereit Schulden zu machen. Gleichzeitig wollen wir klimaschädliche Subventionen abschaffen und uns um Unterstützung vom Bund und der EU bemühen.
- d. Ja, da wissenschaftlich nachgewiesen ist, dass es nicht ausreicht Treibhausgasemissionen nur durch die Nutzung von erneuerbaren Energien und neuen Technologien zu reduzieren, um das 1,5°C-Ziel zu erreichen. In der kurzen Zeit, die uns noch bleibt, schaffen wir es nicht rechtzeitig, diesen technologischen Wandel weit genug durchzuführen. Folglich müssen wir gleichzeitig den Verbrauch von Energie und damit verbunden von materiellen Gütern verringern. Wir wollen eine Kreislaufwirtschaft etablieren, in der endliche Ressourcen nicht wie bisher genutzt, produziert und weggeworfen werden, sondern Energie und Rohstoffe mit Bedacht eingesetzt und möglichst oft wiederverwendet werden (z.B. Reduktion von Müll, Maximierung der Recyclingquote, langlebige u. reparierbare Produkte). Durch eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung wollen wir, dass die ökologischen Folgekosten von Produkten und Dienstleistungen in private und wirtschaftliche Konsum- und Investitionsentscheidungen einfließen.

## Frage 2: Klimagerechtigkeit

Wie möchten Sie Niedersachsens Verantwortung als Bundesland, das jahrzehntelang vom Ausstoß von Treibhausgasemissionen profitiert hat, gegenüber den am meisten betroffenen Menschen und Regionen gerecht werden?

### **SPD**



Durch den von uns geplanten massiven und noch weiter beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien. Niedersachsen ist jetzt bereits Windenergieland Nummer 1. Diese Vorreiterrolle wollen wir weiter ausbauen. Dies gilt auch für weitere Quellen Erneuerbarer Energien.

### **CDU**



In Niedersachsen wird viel Wohlstand und Finanzkraft erarbeitet. Das wollen wir weiter fördern und unterstützen. Denn mit klimafreundlicher Produktion und den daraus entstehenden Finanzmitteln ist es uns möglich, wirksam gegen den globalen Klimawandel vorzugehen. Wir müssen hier unsere Produktion dekarbonisieren und globale Maßnahmen zur Klimarettung finanzieren. Dazu gehört sowohl die Förderung und Begleitung von EE-Projekten in Entwicklungsländern in Anlehnung an das Desertec-Projekt, aber genauso großflächige Wieder- und Aufforstungsmaßnahmen im Einklang mit den Befunden der ETH Zürich und der TU München als weitere aktive und hoch effektive Maßnahme gegen den Klimawandel.

### **Grüne**



In Niedersachsen und in Deutschland haben wir vor allem die Verantwortung innovative, klimaneutrale Lösungen voranzutreiben und zur Marktreife zu bringen, damit auch Länder, die nicht über unsere wirtschaftlichen Ressourcen verfügen, diese anwenden können. Da wir auch in Zukunft Energieimportland (Stichwort grüner Wasserstoff) bleiben werden, müssen wir dafür Sorge tragen, dass in den Produktionsländern möglichst viel Arbeit und Wertschöpfung vor Ort entsteht. Im Bereich der Agrarpolitik gilt es, endlich damit Schluss zu machen, die Existenzgrundlage der Bäuer\*innen durch den Export unserer hochsubventionierten Agrarprodukte zu zerstören. Zudem müssen wir den Klimawandel als Fluchtursache anerkennen und unseren Beitrag leisten, Menschen, die aufgrund der Klimakrise fliehen müssen, eine neue Heimat zu geben.

### **FDP**



Indem Niedersachsen seine Potentiale auch in Sachen Forschung und Wissenschaft nutzt, um technische Lösungen zu entwickeln, die dann allen Menschen weiterhelfen. Als Küstenland haben wir darüber hinaus auch im Bereich Offshore-Energiegewinnung große Potentiale.

# VOLT



Wir fordern einen verantwortungsvollen Umgang mit Klimaflüchtlingen und wollen Niedersachsen zu einem sicheren Hafen auch für diese Geflüchteten erklären. Außerdem wollen wir aus Landesmitteln Investitionen in den Klimaschutz und die Klimaanpassung in am meisten betroffenen Regionen tätigen. Als vorderste Priorität steht die möglichst schnelle Reduktion der Treibhausgasemissionen in Niedersachsen, um die genannten Menschen und Regionen nicht noch weiter zu belasten.

## Frage 3: Bildung

Mit welchen Maßnahmen möchten Sie das Bewusstsein von Schüler:innen für die Klimakrise, ihre vielschichtigen und komplexen Folgen und Lösungsansätze erhöhen? An welchen Stellen (Schulformen, Fächer, Klassenstufen, Prüfungsrelevanz) wollen Sie dazu die Curricula überarbeiten?

### **SPD**



In unserer Wahrnehmung sind insbesondere die Schüler\*innen bereits sehr informiert und interessiert am Klimaschutz. Gerade die FFF-Bewegung hat in den letzten Jahren ja deutlich gezeigt, wie politisierend das Thema Klimawandel für junge Menschen ist. Ausbaufähig ist aber sicherlich eine gewisse Ressourcenmentalität. Gerade bei elektronischen Geräten oder Kleidung.

### **CDU**



Der menschengemachte Klimawandel muss - selbstverständlich - Platz in den Curricula haben und finden und in den relevanten Fächer im Bereich Naturwissenschaft / Erdkunde haben und als zentrale Herausforderungen idealerweise früh und spät in der Schullaufbahn Gegenstand sein und dort auch Pflichtstoff, der Prüfungsrelevant ist sein. Dabei sollten von den abstrakten Mechanismen bis hin zu konkreten Auswirkungen um den Globus verschiedene Aspekte beleuchtet werden. Die CO2 Mechanismen müssen im Fach Biologie und/oder Physik ebenfalls Thema sein, die Auswirkungen können zudem in soziologischen Fächern Gegenstand sein.

### **Grüne**



Man kann glücklicherweise feststellen, dass das Bewusstsein der jungen Generation für die Klimakrise, ihre möglichen umfassenden Auswirkungen und für Maßnahmen der Krise entgegen zu steuern, bereits sehr hoch ist. Natürlich muss die Klimakrise in all ihren Facetten, von den naturwissenschaftlichen Grundlagen bis hin zu ihren sozialen und ökonomischen Auswirkungen etc. im Schulunterricht thematisiert werden. Dieses Erfordernis zum jetzigen Zeitpunkt in curriculare Vorgaben für einzelne Schulformen und Fächer zu gießen, ist jedoch zu früh. Dazu bedarf es des intensiven Austausches mit der Fachwissenschaft und allen an Schule Beteiligten

### **FDP**



Die Curricula der einzelnen Fächer werden von Fachleuten aus den jeweiligen Fächern verfasst und ich bin davon überzeugt, dass sich gesellschaftliche Themen und Notwendigkeiten dort auch widerspiegeln. Die Erwartungshaltung, dass diese Themen da vermehrt einfließen, kann ich äußern und tue es auch - die Curricula selber „umschreiben“ dürfen Politiker aus gutem Grunde nicht, eine solche Einflussnahme von Politik in die gelehrt Inhalte fänd ich an vielen Stellen eher unheimlich. Schule ist ein sozialer Lernraum, in

dem immer aktuelle und gesellschaftliche Themen auch aufgegriffen werden und das auch sollen. Wir würden den Lehrern gerne mehr Freiheit und Zeit verschaffen, dass auch zu können.

## **VOLT**

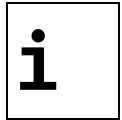


Feste Curricula entsprechen nicht unserer Vision von Bildung. Da Lernende unterschiedliche Voraussetzungen haben, braucht es auch unterschiedliche, individuell angepasste Lernformen. Zudem haben unterschiedliche Lernstandorte (z.B. Küste, Heide, Harz, Großstadt) unterschiedliche Möglichkeiten Inhalte praxisnah zu vermitteln. Daher wollen wir lediglich Lernziele vorgeben und die entsprechende Ausgestaltung des Unterrichts den Bildungseinrichtungen überlassen. Zu diesen Lernzielen gehört auch die intensive Auseinandersetzung mit den natürlichen Kreisläufen und der Einflussnahmen durch den Menschen in diese Kreisläufe, sowie ein umsichtiges Handeln während der Klimakrise. Dabei konzentriert sich unsere Vision nicht nur auf Kinder und Jugendliche, sondern auf eine lebenslange Bildung, immer möglichst wohnortnah, um unnötigen Transportverkehr zu vermeiden.



## Frage 4: Verkehrswende

- a. Mit welchen konkreten Maßnahmen möchten Sie eine Ausweitung des ÖPNV und des Radverkehrs auf Landesebene vorantreiben?
- b. Wollen Sie das 9€-Ticket zumindest niedersachsenweit fortführen?
- c. Wie könnte Niedersachsen zu einem Bundesland der kurzen Wege werden?



Ziel der Idee „Stadt der kurzen Wege“ ist, die alltäglichen Wege zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen, zum Sportverein und vieles mehr möglichst kurz zu halten, damit sie problemlos zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden können. Auf Bundesland-Ebene könnte dieses Konzept unter anderem bedeuten, dass auch im ländlichen Raum Nahversorgungseinrichtungen in möglichst vielen Ortschaften zu Fuß erreichbar sind.

### SPD

a b c

Grundsätzlich würden wir das 9-Euro Ticket oder eine ähnliche Variante sehr gerne fortführen. Die letzten drei Monate haben den Bedarf deutlich gezeigt. Klar ist aber: Ohne den Bund geht es nicht. Dass der Bundesfinanzminister in den letzten Tagen ein solches Ticket in Aussicht gestellt hat, ist sehr gut. Damit die Blockade unseres CDU-Landesministers keine Rolle mehr spielt, sollten progressivere Parteien mehr Stimmen bekommen – idealerweise die SPD. Wir versuchen vor diesem Hintergrund bereits, die Voraussetzungen für ein flächendeckend preiswertes ÖPNV-Angebot in Niedersachsen zu schaffen. Ein wesentlicher Schritt dabei ist, ein einheitliches Tarifsystem zu etablieren und die Grenzen der verschiedenen Verkehrsverbünde zu überwinden, sodass grenzübergreifende Tickets angeboten werden können.

Ein Land der kurzen Wege werden wir durch unseren geplanten „Hausanschluss Mobilität“. Unser Ziel ist, dass alle Bürger\*innen auch ohne das Auto volle Mobilität nutzen können. Dazu braucht es eine bessere Anbindung im ländlichen Raum und eine Entzerrung in den urbanen Gebieten. Als weitere wichtige Form klimafreundlicher Mobilität wollen wir den Anteil des Radverkehrs von heute ca. 15 Prozent auf mindestens 25 Prozent im Jahr 2030 steigern und für ein flächendeckendes Radverkehrsnetz mehr Mittel in die Radwegeinfrastruktur investieren.

### CDU

a b c

- a. Der ÖPNV muss attraktiver, flexibler und barrierefreier werden. Konkret: Wir brauchen mehr Verbindungen, mehr dem Verkehrsfluss angepasste Betriebsmittel (Flexobusse statt leeren Großbussen, on demand, autonome Fahrmittel) und Verkehrsmittel die Senioren, Kranke und Eingeschränkte sowie Familien mit Kindern die Mitfahrt erlaubt. Wir setzen uns für mehr interkommunale Radwege und in der Kommune für mehr komfortablen Radverkehr ein. Unlängst hatten wir dazu eine sehr konstruktive Sitzung mit dem ADFC, der unsere Pläne gut hieß. Trotz unserer Pläne wollen wir verschiedene Mobilitätsformen fördern.
- b. Schülerbeförderung soll kostenlos sein. Als Nachfolger des 9€ Tickets würden wir ein 365- 400€ Jahresticket oder 30-49€ Monatsticket für machbar einschätzen.
- c. Mehr Interkommunale Radwege, bessere Nachtzugabdeckung, P&R Angebote die den ÖPNV noch attraktiver machen, kurze Wegstrecken durch Streckenneubau und Steigerung der Forschung im Bereich autonome Mobilität und Förderung der Nahversorgung im ländlichen Raum. Wir

unterstützen ausdrücklich alle Anstrengungen zur Stärkung der Nahversorgung der Bevölkerung, sowohl in Braunschweig als auch in ländlichen Gebieten.

## Grüne

a b c

- a. Wir wollen die Landesmittel, die bisher weit überwiegend in die Straßeninfrastruktur investiert werden, massiv zugunsten des ÖPNV und des Radverkehrs umschichten. Mit einer Mobilitätsgarantie wollen wir sicherstellen, dass von allen Orten aus von morgens früh bis abends mindestens in einem stündlichen Takt eine Anbindung an den ÖPNV garantiert wird. Die Mobilitätsgarantie wollen wir zunächst in ausgewählten Regionen erproben, um sie möglichst schnell landesweit umzusetzen. Außerdem treten wir für eine Infrastrukturoffensive für die Schiene ein, mit der wir stillgelegte Bahnstrecken reaktivieren und das bestehende Schienennetz ausbauen wollen.
- b. Die GRÜNEN-Bundestagsfraktion hat den Vorschlag gemacht, künftig für monatlich 49 € ein bundesweit gültiges und für 29 € ein regional (einzelne Bundesländer oder Länderverbände) gültiges ÖPNV-Ticket anzubieten und dieses durch die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs zu finanzieren. Das halten wir für den besten Weg, denn die Erfahrungen mit dem 9€-Ticket zeigen, dass die Menschen mobil sein wollen, ohne darauf zu achten, in welchem Tarifgebiet sie sich gerade bewegen. Bisher gibt es jedoch im Bund keine Mehrheit für die Umsetzung dieses Vorschlags. Sollte keine bundesweite Lösung zustande kommen, treten wir für ein landesweites Ticket zum Preis von 1€/Tag ein.
- c. Die landesraumordnerische Vorgabe, dass Einzelhandelsbetriebe für Waren des täglichen Bedarfs nur dort neu entstehen dürfen, wo sie vom weit überwiegenden Teil ihrer erwarteten Kundschaft fußläufig zu erreichen sein müssen, gibt es bereits, wird jedoch nicht überall konsequent genug umgesetzt. Darüber hinaus sind die Einflussmöglichkeiten des Landes gering, da die Bauleitplanung und damit die Entscheidung darüber wo Schulen, Kitas, Gewerbebetriebe etc. angesiedelt werden sollen, zum Kernbereich der kommunalen Planungshoheit gehört und damit von den Kommunen entschieden werden muss. Auf Landesebene treten wir für die Erhaltung kleiner Grundschulen ein.

## FDP

a b c

- a. Fahrradverkehr ist durch die Schaffung weiterer Fahrradwege sicherer zu machen - möglichst baulich getrennt von den Fahrbahnen. ÖPNV durch moderne Systeme mit Anforderung von Fahrzeugen in ländlichen Gebieten zu ergänzen und auszubauen - das hat aber, wenn man ehrlich ist, wirtschaftliche Grenzen. Niedersachsen ist ein Flächenland und viele Menschen werden weiter auf individuelle Mobilität mit Auto angewiesen sein - hier gilt es dann für eine CO<sub>2</sub>- neutrale Fortbewegung hinzuwirken - ob eMobilität oder eFuels oder Wasserstofftechnologie würden wir dabei aber nie vorschreiben. Keine der Möglichkeiten ist für alle Anwendungen und Fahrzeugtypen die allein-selig-machende.
- b. Wir setzen uns schon länger für bestimmte Gruppen (Azubis, Freiwilligendienstleistende) für ein 365€-Jahres-Ticket ein, wollen den Schülern im Sek II-Bereich kostenlose Schülerbeförderung bieten. Ein darüber hinaus gehendes landesweites vergünstigtes Ticket ist wohl nur mit Unterstützung des Bundes möglich, dessen finanzielle Möglichkeiten ich aber angesichts anderer Herausforderungen zur Zeit eher skeptisch beurteile.
- c. Ein Skalieren der Stadt der kurzen Wege auf ein ganzes Flachland halte ich, ehrlich gesagt, für nicht realistisch machbar. Ich bin für die Unterstützung jeder innovativen Nahversorgungsstruktur - aber um das vergleichbar mit dem Netz an Versorgung in einer Stadt zu machen, gehört mehr dazu als Lebensmittel - wir stoßen auf die Themen ärztliche Versorgung, Erreichbarkeit von Behörden und Bildungseinrichtungen - es ist eben mehr als Nahversorgung.

- a. Wir fordern die Einführung eines landesweiten 365-Euro-Tickets. Wir wollen durch einheitliche, unternehmensübergreifende Tarife das Ticketsystem vereinfachen. Den Schienenverkehr werden wir ausbauen und stillgelegte Strecken reaktivieren. Autonomes Fahren soll auch beim ÖPNV vorangetrieben werden. In urbanen Regionen fördern wir ÖPNV-Ringkonzepte. Für ländliche Regionen müssen alternative ÖPNV-Formen wie z.B. flexible On-demand-Angebote entwickelt werden. Durch dezentralisierte Dorf- und Stadtteilschulen wollen wir den Schüler\*innenverkehr erheblich senken. Dadurch wird der ÖPNV auf dem Land erheblich entlastet und die Kapazitäten können anderweitig genutzt werden. Wir bauen Radwege an Landstraßen und in den Städten aus und investieren in Mitnahmemöglichkeiten von Fahrrädern im ÖPNV. Wir fordern verkehrsberuhigte Innenstädte und flächendeckend Tempo 30, um das Fahrradfahren sicherer zu machen.
- b. Wir stehen einem landesweiten Nahverkehrsticket sehr positiv gegenüber. Nahverkehr sollte bezahlbar sein, aber das wird für die Mobilitätswende nicht alleine ausreichen. Deswegen setzen wir uns für ein 365€ Jahresticket ein, was den großen Vorteil des 9€ Ticket, die Einfachheit des Ticketsystems, beinhaltet. Darüber hinaus wollen wir den Ausbau des ÖPNV voranbringen, damit überfüllte Züge der Vergangenheit angehören.
- c. Wir setzen uns für eine nutzungsseitige Grundbesteuerung ein. Das heißt, wir wollen mit Steuerbegünstigungen z.B. Anreize für eine kombinierte Nutzung von Flächen schaffen, sodass Wohnraum und Gewerbeflächen kombiniert werden. Hierdurch würde sich der städtische Verkehr verringern, da Unternehmer\*innen im Handwerk, Einzelhandel usw. von der Kombination mit Wohnbebauung profitieren. Außerdem würden sich so auch die täglichen Versorgungswege der Anwohner\*innen (z.B. zur Apotheke oder zum Arzt) verringern. Auf dem Land wollen wir moderne Konzepte der Nahversorgung je nach Bedarf im Einzelfall finanziell unterstützen - z.B. Selbstbedienungsläden, Markttreffs, Abholstationen oder Online-Bestellungen. Dadurch entstehen soziale Orte und die wohnortnahe Versorgung wird gewährleistet.

## Frage 5: Autobahnen

Wie stehen Sie zu den aktuellen Autobahnbauprojekten in Niedersachsen wie der A20, der A26 und der A39?

### **SPD**



Autobahnen sind Bundessache. Unsere persönliche Meinung hierzu ist, dass es immer einer Ausgewogenheit zwischen effektiver Mobilität, Sicherheit für die Autofahrer\*innen, Natur- und Umweltschutz sowie den Interessen der Anwohner\*innen bedarf.

### **CDU**



Zu diesem Punkt vertreten wir Kandidaten unterschiedliche Auffassungen. Wir sehen im Moment nicht, dass angesichts der Krise für diese Projekte eine zeitnahe Finanzierung zu erwarten ist. Was zu beachten ist, ist, dass durch Autobahnneubauten auch CO2 Einsparungen möglich sind. Jedes Autobahnneubauprojekt muss einer Nutzen-Kosten Abwägung standhalten. Kosten sind dabei selbstverständlich auch die Klimaauswirkungen und der Verlust an Naturfläche

### **Grüne**



Den Neubau von Autobahnen und damit den Neubau der A20, der A26, der A33 und der A39 lehnen wir konsequent ab. Unser Netz an Autobahnen und Bundesstraßen ist grundsätzlich ausreichend und deshalb sollten die insgesamt zu reduzierenden Bundesmittel für den Straßenbau für die Sanierung bereits bestehender Straßen und Brücken eingesetzt werden. Aus zahlreichen Untersuchungen ist hinreichend bekannt, dass neue Straßen auch zusätzlichen Verkehr erzeugen, da die Menschen diese vielfach nicht dazu nutzen, ihre Unterwegszeit zu reduzieren, sondern ihren alltäglichen Radius auszuweiten

### **FDP**



Verkehrswege wie die Autobahnen (aber auch Gleise und Wasserstraßen) sind für mich essentielles Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung von Regionen - ich stehe auch den geplanten Autobahnen deshalb positiv gegenüber. LKW-Verkehr der als Alternative unsere Bundesstraßen und Ortschaften verstopft, ist für mich keine Alternative und die CO2-Emission senkt man so auch nicht - lieber stetig rollen als immer wieder stehen und anfahren. Mehr Verkehre auf die Bahn und Binnenschifffahrt zu verlagern, hat angesichts von deren momentanen Kapazitäten auch Grenzen.

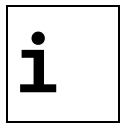
# VOLT



Volt setzt sich für eine konsequente Mobilitätswende ein. Dazu gehört unseres Erachtens die Förderung der Schiene und des Radverkehrs und nicht der Aus-, bzw. Neubau von Autobahnen. Die A20, A26 und A39 führen in ihrer Konsequenz zu mehr Verkehr auf der Straße und eben nicht zu der Verlagerung, sowohl des Güter- als auch des Personenverkehrs auf andere Verkehrsträger. Zusätzlich würden durch die Bauprojekte weitere wertvolle Landschaften zerschnitten und im Falle der A20 und A26 kilometerweise Wald, sowie Moor- und Marschböden zunichte gemacht und in Folge dessen tonnenweise Treibhausgase freigesetzt. Die Autobahnbauprojekte lehnen wir daher aus den genannten Gründen ab.

## Frage 6: Wirtschaft

Welche Ideen haben Sie für einen klimagerechten Umgang mit dem Konzern VW?



Das Land Niedersachsen besitzt 20% der Stimmrechte bei VW.<sup>1</sup>

Wir sprechen von einem „klimagerechten Umgang“, um neben der naturwissenschaftlichen Perspektive auch soziale Aspekte durch die Umstellung hin zu Klimaneutralität und ganz besonders durch die Auswirkungen der Klimakrise miteinzubeziehen.

### SPD

Bei der Frage des Klimawandels befinden wir uns immer in einem globalen Feld. Es ist richtig und wichtig, dass wir uns in Niedersachsen aber auch regional überlegen, wie wir besser mit unseren Ressourcen haushalten. Auch Volkswagen muss die Transformation hin zu einem modernen und nachhaltigen Mobilitätskonzern bewältigen. Dafür müssen wir die politischen Voraussetzungen schaffen. Unser persönlicher Einfluss ist hier allerdings begrenzt, da niemand von uns Mitglied im VW-Aufsichtsrat ist. Allerdings hat auch Volkswagen selbst sich bereits Nachhaltigkeits-Ziele gesetzt und einiges in Betrieb und Produktion geändert. Beispielsweise wurden einige Automodelle hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Einsparung verbessert und es wird vermehrt Wert gelegt auf Recycling und die Verwendung nachwachsender Rohstoffe.

### CDU

VW darf in seiner Produktionskette keinen Anteil an Menschenrechtsverletzungen nehmen oder gar in die eigene Lieferkette einbauen. Wir wollen, dass VW Weltmarktführer im Bereich der Mobilität bleibt und Niedersachsen finanzstark und florierend erhält. Wir begrüßen die Anstrengungen von VW um mehr Klimaneutralität und die Forschung und Umsetzung neuer Antriebsarten. Wir möchten, dass VW selbst in der eigenen Energieerzeugung stärker auf Erneuerbare Energien zurückgreift und dazu auch die eigenen Immobilien mit entsprechenden Anlagen versieht.

### Grüne

Der VW-Konzern hat, wenn auch sehr spät, erkannt, dass er nur dann eine Zukunft hat, wenn er klimaneutrale Autos produziert. Deshalb unterstützen wir den Umbau der VW-Standorte zu effektiven Produktionsstandorten für E-Autos und die Planungen zur Errichtung einer Batteriefertigung in Salzgitter. In Zukunft wird sich VW zudem stärker von einem Autohersteller zu einem Mobilitätsdienstleister entwickeln müssen. Die guten Ansätze zum Batterierecycling müssen ausgebaut werden.

---

<sup>1</sup> <https://www.volkswagenag.com/de/InvestorRelations/shares/shareholder-structure.html#> (eingesehen am 12.08.2022).

## FDP



VW hat sich auf den Weg gemacht, auf Mobilität zu setzen. Angesichts der Dauer, bis Fahrzeuge entwickelt sind und in großen Mengen produziert werden können, halte ich die Entscheidung zu dem Zeitpunkt als VW sich festlegen musste, für nachvollziehbar und richtig. Was nicht heißt, dass ich mir nicht wünschen würde, dass sie auch weiter an Wasserstofftechnologie und eFuels forschen ... nicht für alle Kraftfahrzeuge ist ein elektrischer Antrieb die Lösung, Technologieoffenheit ist uns immer sehr wichtig.

## VOLT



Als Anteilseigner sollte das Land Niedersachsen darauf hinwirken, dass VW einen minimalen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck anstrebt, der über ein rein rechnerisches "Net-Zero" hinausgeht und die gesamte Lieferkette einbezieht. Der VW Konzern kann dabei als Hebel wirken, um Zulieferer wie Stahl- und Elektroindustrie ebenfalls zu mehr Klimaschutz zu bewegen. In der Zusammenarbeit von Einrichtungen aus öffentlicher Hand und VW, beispielsweise Forschungsprojekte, sollten vorrangig Mobilitätsformen gefördert werden, die das Verkehrsaufkommen und den Ausstoß von Treibhausgasen reduzieren.

## Frage 7: Fachkräfte

Welche Vorschläge möchten Sie in den Niedersächsischen Landtag einbringen, um das Problem Fachkräftemangel bei der Energie- und Wärmewende anzugehen?

### **SPD**



Ähnlich wie bei der letzten Frage müssen wir dies als Teil einer Gesamtproblematik betrachten. In Deutschland und Niedersachsen haben wir in vielen Bereichen ein sehr großes Problem mit dem Fachkräftemangel, beispielsweise auch im lebensmittelproduzierenden Gewerbe (Fleischer, Bäcker, etc.). Hier müssen wir insgesamt dringend gegensteuern. Wir sehen es daher als Bildungsauftrag aller allgemeinbildenden Schulen an, nicht nur für die akademische, sondern auch für die duale Ausbildung zu werben und darüber hinreichend zu informieren. Dafür werden wir die benötigten Ressourcen bereitstellen. Lehrer\*innen und ausbildende Betriebe müssen besser miteinander vernetzt werden. Außerdem sollten die regionalen Fachkräftebündnisse, wie hier bei uns beispielsweise die Handwerkskammer, finanziell abgesichert werden.

### **CDU**



Wir wollen insgesamt mehr Menschen für das Handwerk begeistern und dazu sowohl die Konditionen als auch den frühen Kontakt von jungen Menschen mit diesem Berufsfeld fördern. Euer "Sommercamp Energiewende JETZT!" fanden wir toll und würden solche Camps gerne mehr sehen und fördern. Auch im verpflichtenden Dienstjahr, wäre es möglich, viel mehr jungen Menschen durch vorherige Information einen Weg in und zu diesem Handwerksbereich zu bauen. Ein Jahr in der Jugend z.B. Klimaschutzprojekten widmen, um dann Lust zu bekommen, mehr in diesem Bereich tätig zu werden? Das klingt für uns nach einem erstrebenswerten Zustand.

### **Grüne**



Eine wesentliche Voraussetzung, um die erforderlichen Fachkräfte für die Energiewende zu bekommen, ist Planungssicherheit. Die negativen Erfahrungen aus der klimapolitischen Bremse der CDU-SPD-Vorgänger-Bundesregierung haben gezeigt, dass Unternehmen nur dann investieren und ihre Kapazitäten ausbauen, wenn sie hinreichend sicher sein können, etwa bei der Installation von Solaranlagen auch in einigen Jahren noch volle Auftragsbücher zu haben. Das wurde jetzt mit der neuen energiepolitischen Weichenstellung der Bundesregierung sichergestellt und muss von der Landesebene aus unterstützt werden – z.B. durch eine Solardachpflicht, durch die zügige Ausweisung von Windkraftstandorten etc. Außerdem muss das Handwerk insgesamt attraktiver werden. Dazu wollen wir u.a. die Meister\*innen-Ausbildung kostenlos machen. Außerdem wollen wir die überbetrieblichen Bildungsstätten des Handwerks stärken und zusammen mit den Kammern eine Ausbildungs- und Umschulungsoffensive auf den Weg bringen.

### **FDP**





Fachkräftemangel treibt uns in allen Bereichen um - von der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung bis zum Bau. Zum einen geht es um Initiativen, die Berufliche Bildung an Schulen auszubauen, aber auch darum Menschen, die die betreffenden Berufe verlassen haben, zurück zu holen und im großen Stil auch darum, Menschen aus dem Ausland anzuwerben. Dazu fordern wir dringend ein Kompetenzzentrum, dass sich mit der Anerkennung der Abschlüsse aus dem Ausland beschäftigt - das dauert nämlich viel zu lange, ist unübersichtlich und eine Stelle schiebt der anderen die Zuständigkeit zu - es braucht wohl eine zentrale Institution, die Ansprechpartner ist.

## **VOLT**



Der Fachkräftemangel trifft vor allem Ausbildungsberufe. Wir wollen Ausbildungen für staatlich anerkannte Abschlüsse kostenfrei machen und setzen uns für vergünstigten Wohnraum für Auszubildende ein. Für wohnortunabhängige Ausbildungen soll die digitale Lehre vorangetrieben werden. Wir wollen Schulen die Freiheit geben, enge Kooperationen mit Unternehmen, Handwerksbetrieben usw. einzugehen. Dadurch sollen die Schüler\*innen die Arbeitswelt kennenlernen und Ausbildungsberufe attraktiver werden. Um lebenslanges Lernen zu ermöglichen, wollen wir eine individuelle Bildungsberatung und einen Landesbildungsfonds zur Finanzierung von (Weiter-)Bildungsmaßnahmen einrichten. Wir wollen die Zuwanderung von Fachkräften und Auszubildenden erleichtern, z.B. durch schnellere Anerkennung von Abschlüssen.

## Frage 8: Gebäude

Wie werden Sie auf Landesebene sicherstellen, dass auch der Gebäudesektor rechtzeitig und auf sozial gerechte Weise dekarbonisiert wird? Welche Maßnahmen und Gesetzesänderungen in den Bereichen Baustoffe, Solarenergie, Gebäudedämmung, Flächeneffizienz, Sanierung und Begrünung schlagen Sie vor?

### SPD



Wir planen in Niedersachsen die Einrichtung einer Landeswohnungsbaugesellschaft. Über diese soll sichergestellt werden, dass es eine sozial gerechte Entwicklung auf dem Niedersächsischen Wohnungsmarkt gibt. Wir haben hierzu bereits das Ziel von 40.000 neuen Wohnungen bis 2030 mittelfristig gesetzt. In Sachen „klimatisches Bauen“ ist ja bereits einiges auf den Weg gebracht worden. Beispielsweise die PV-Pflicht auf allen Neubauten bis 2025.

### CDU



Wir wollen uns für mehr PV-Anlagen auf den Dächern, sowohl privater als auch staatlicher stark machen. Wir unterstützen das neue Projekt von Finanzminister Hilbers in Kooperation mit den Energieerzeugern Dächer des Landes mit PV zu belegen. In einigen Ländern ist die PV-Rate auf den Dächern des Landes bei nur 4% (die beiden südlichen Bundes-Ländern z.B). Wir wollen, dass das Land hier vorangeht und nicht nur die Privaten auffordert oder verpflichtet.

Wir stehen für die Begrünung von Fassaden und Dächern, die nicht für PV geeignet sind, ebenso wie für mehr Bäume in der Stadt. Schon in der Vergangenheit kam aus unserer Runde Kritik daran, dass in Braunschweig bei Sanierungen alte Heizungen durch neue fossile Wärmezeugung ersetzt wurden. In diesem Zusammenhang haben wir uns bereits für viel Stärkere und auch in der Abnahmenutzung innovative Geothermieprojekte ausgesprochen. Wir wollen EE-Genossenschaft fördern und mit unseren Kontakten regional etablieren. Wir sprechen uns dafür aus, dass Parkplätze und andere Betonwüsten entweder mit Bäumen engmaschig belegt oder mit PV-Anlagen überdacht werden. Ferner sehen wir eine Notwendigkeit, Einzelhandelsgeschäfte nicht mehr als isolierte eingeschossige Bauten zuzulassen, sondern diese aus Gründen der Energieeffizienz nur noch mit mehreren Geschossen und EE-Erzeugung baurechtlich zuzulassen. In den Bereichen Baunutzung werden wir uns für mehr Weiterverwendung von Substanz und im Falle von Abbruch für mehr Material Wiederverwendung einsetzen, außerdem für klimafreundliche Baustoffe und insbesondere Holz als CO<sub>2</sub>-speichernder Baustoff.

Dazu unterstützen wir die Pläne der Landes CDU:

- eine umfassende klimagerechte und wirtschaftliche Sanierung der Landesliegenschaften durchzuführen. Wir werden mit den Landesliegenschaften Vorreiter in der Klimaneutralität sein und dabei innovative Energiekonzepte umsetzen. Die Verwaltungsgebäude in Niedersachsen, bei denen es wirtschaftlich und technisch möglich ist, werden bei anstehenden Renovierungen und Sanierungen mit Photovoltaikanlagen, einer Fassadenbegrünung zur Verbesserung des Mikroklimas und E-Ladesäulen ausgerüstet.
- die Kommunen in Niedersachsen beim Einstieg in das kommunale Energiemanagement (Energetische Stadtanierung) unterstützen. Wir werden den Zuschuss des Landes für das Förderprogramm verdoppeln.

## Grüne



Wir wollen eine Landesgesellschaft Wohnen und Klima gründen, die 100.000 bezahlbare Mietwohnungen im Eigentum des Landes insbesondere durch Ankauf, energetische Sanierung und Aufstockung des Bestandes schafft. Wir treten zudem für eine Solardachpflicht zunächst für Neubauten von Wohn- und Gewerbeimmobilien ein, die wir perspektivisch auch auf geeignete bestehende Gebäude ausweiten wollen. Insgesamt liegt die Zuständigkeit für dieses wichtige Themenfeld jedoch überwiegend beim Bund, der die Gesetzgebungskompetenz für das Bauplanungsrecht und für Fragen des Wärmeschutzes hat. Die Zuständigkeit für die Flächeneffizienz des Bauens, die Begrünung etc. liegt im Rahmen der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Hier treten wir auf kommunaler Ebene für eine verdichtete Bauweise und nachhaltiges Bauen ein.

## FDP



zum einen muss es um eine Reduzierung der Bodenversiegelung gehen - Aufstockungen und Ausbauten von Dächern würden z.B. Wohnraum schaffen, ohne neu zu versiegeln. Auch versiegelter Boden kann entsiegelt werden, um die Gesamtbilanz zu verbessern - Umnutzung bestehender Bauten zu anderen Zwecken müssen befördert werden - alles, was es erleichtert, bestehende Bauten weiter zu nutzen, statt abzureissen und neu zu bauen. Verbieten würde ich Abrisse aber nicht - es muss immer der Einzelfall betrachtet werden. Begrünung ist auszubauen, alternative Energien zur Beheizung - welche genau würd ich allerdings nicht vorschreiben. Das Einpacken von Häusern in Wärmedämmung ist keine Lösung für alle Gebäude (was machen wir mit Gebäuden unter Denkmalschutz?) - wenn ein ganzes Quartier CO<sub>2</sub>-neutral z.B. mit Tiefenwärme geheizt wird, löst das das Problem auch. Technologieoffenheit auch im Bausektor ist uns wichtig. Wir fordern Modellprojekte, die untersuchen, wie durch Intelligente Gestaltung der Gebäude Energiebedarf und damit CO<sub>2</sub>- Emissionen reduziert werden können, SmartHome-Lösungen können auch viel dazu beitragen, den Energiebedarf an die tatsächliche Nutzung anzupassen und Einsparungen zu erreichen.

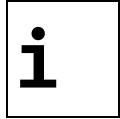
## VOLT



Wir führen eine niedersächsische Pflicht zur Installation von Photovoltaik auf Neubauten ein. Energetische Sanierungen (Kfw 55) sollen finanziell gefördert werden, u.a. mit dem Drittelmodell; hierbei zahlen Mieter\*in, Vermieter\*in und der Staat jeweils ein Drittel der Kosten. Wir wollen nach niederländischem Vorbild die digitale Erfassung von Gebäudemaßen erproben, wodurch Modernisierungen seriell und günstiger durchgeführt werden können. Wir legen Heizungstauschprogramme auf und verbieten spätestens 2024 Heizungen, die ausschließlich fossil betrieben werden. Die Begrünung von Fassaden und Dächern (kombiniert mit PV) fördern wir u.a. durch Senkung der Niederschlagswassergebühr für begrünte Gebäude. Nachwachsende und klimaneutrale Baustoffe sollen erprobt und verstärkt eingesetzt werden.

## Frage 9: Suffizienz

Mit welchen politischen Maßnahmen möchten Sie den Pro-Kopf-Wohnraum in Niedersachsen verringern?



Der Wohnraum pro Kopf ist bundesweit zwischen 1995 und 2020 von 36m<sup>2</sup> auf 46m<sup>2</sup> angestiegen.<sup>2</sup> Diese Entwicklung ist aus ökologischer Sicht problematisch, weil so der Bedarf an Energie, Baumaterial und versiegelter Fläche ebenfalls steigt.<sup>3</sup>

Der Pro-Kopf-Wohnraum ist nicht nur ein privates Thema, sondern hängt ganz entscheidend von gesellschaftlichen Normen und Angeboten ab. Wenn im Neubau primär Wohneinheiten mit hohem Pro-Kopf-Verbrauch gebaut werden, entwickelt sich der Pro-Kopf-Wohnraum anders, als wenn besonders Gebäude mit kleineren Wohnungen, kleinen Räumen und Gemeinschaftsfläche entstehen.

### **SPD**



Es geht nicht in erster Linie darum, den Pro-Kopf-Wohnraum zu verringern. Der Bau- und Wohnungsmarkt muss sich ändern hin zu einem noch klimaorientierteren Gewerbe. Aber das Ganze muss auch sozialverträglich geschehen. Sonst werden nur diejenigen, die finanziell jetzt schon kaum über die Runden kommen oder gar keine Wohnung finden, noch härter getroffen.

### **CDU**



Jeder Einsatz für Klimaschutz bedarf der Akzeptanz der Bevölkerung und kann immer nur soweit vorangetrieben werden, bis die Reaktanz nicht so groß wird, dass die Bürger für weiteren Klimaschutz nicht mehr zu gewinnen sind. In der Bevölkerung hängen viele soziale Faktoren vom Wohnraum pro Kopf ab. Über die Baustoffpreise, Energiekosten und nicht zuletzt die neue Grundsteuer bestehen eine Reihe von Faktoren, die die Bevölkerung von weiteren Vergrößerungen des Pro-Kopf-Verbrauches an Wohnraum abhalten können.

Darüber hinaus wollen wir verstärkt Familien und Zusammenleben fördern, auch beim Erwerb von Wohneigentum. Der größte treibende Faktor für hohen Wohnraum pro Kopf ist die große Anzahl von Ein-Personen-Haushalten, die im Schnitt deutlich mehr Wohnraum pro Kopf verbrauchen.

### **Grüne**



Wir können und wollen den Menschen nicht vorschreiben, was ein für sie angemessener Wohnraum ist. Sofern es die Bereitschaft gibt, die eigene Wohnfläche zu verringern, etwa weil sich die familiäre Situation geändert hat, sollten die Menschen darin unterstützt werden, diesen Wunsch umzusetzen. Entsprechende Angebote müssen jedoch sinnvollerweise auf kommunaler Ebene angesiedelt sein.

<sup>2</sup> <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/trend-zu-mehr-flaeche-menschen-in-deutschland-wohnen-grosszuegiger-a-71230c8e-4a60-4575-ad11-e5b96055f312> (eingesehen am 12.08.2022).

<sup>3</sup> <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/trend-zu-mehr-flaeche-menschen-in-deutschland-wohnen-grosszuegiger-a-71230c8e-4a60-4575-ad11-e5b96055f312> (eingesehen am 12.08.2022).

## **FDP**



ich maße mir nicht an, den Pro-Kopf-Wohnraum reduzieren zu wollen. Wenn dieser ohne großen CO2-Fußabdruck betrieben werden kann, geht es mich wenig an, auf wieviel Platz Menschen leben wollen

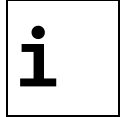
## **VOLT**



Wir wollen Formen des Zusammenlebens unterstützen, z.B. Mehrgenerationenhäuser, Senioren-WGs oder Programme wie "Wohnen für Hilfe." Solche Modelle machen das Wohnen erschwinglicher, sparen Ressourcen und stärken den sozialen Zusammenhalt. Den Kommunen sollen hierzu finanzielle Unterstützung und Know-How vermittelt werden. Wir unterstützen die Verbreitung von Tiny-Houses. Wir unterstützen die Gründung einer Landesbaugesellschaft, mit der der Staat direkt Einfluss auf den Wohnungsmarkt nehmen kann. Diese soll sicherstellen, dass im Neubau in erster Linie kleine, erschwingliche Wohnungen entstehen

## Frage 10: Kommunalen Klimaschutz

Soll Klimaschutz eine kommunale Pflichtaufgabe werden? Wie möchten Sie es Kommunen erleichtern und finanziell ermöglichen, Klimaschutz voranzubringen?



Kommunen haben verschiedene Aufgaben. Dazu zählen Pflichtaufgaben, die Kommunen lokal umsetzen müssen, sie dürfen aber selbst entscheiden, wie sie ihnen nachkommen möchte. Andererseits gibt es freiwillige Aufgaben, denen Kommunen nachgehen können, wenn sie noch finanzielle Ressourcen übrig haben.<sup>4</sup> Wenn mehr Klimaschutzaufgaben verpflichtend wären, würde dies Kommunen also die Finanzierung erleichtern.

### SPD



Klimaschutz ist ja bereits eine Pflichtaufgabe - für Europa, den Bund, Niedersachsen, Braunschweig und jeden einzelnen von uns. Wichtig ist hierbei, dass wir mit den Kommunen zusammenarbeiten und nicht von oben vorgeben, was wie genau gemacht werden muss. Die Kommunen bringen ja auch völlig unterschiedliche Voraussetzungen mit. In Emden haben wir ganz andere Möglichkeiten für Windkraft als beispielsweise in Braunschweig. In Braunschweig haben wir im Rat bereits letztes Jahr beschlossen, bis 2030 klimaneutral zu werden. Die Thematik ist also längst angekommen. Trotzdem müssen wir auch als Land immer wieder individuell bewerten, wo wir Kommunen unterstützen können.

### CDU



Wir möchten Kommunen bei der Begrünung, Bewaldung und der EE-Errichtung auch mit Landesmitteln unterstützen. Radverkehr und ÖPNV-Struktur sollen durch Landesmittel verbessert werden. Klimaschutz generell zur kommunalen Pflichtaufgabe zu erheben, ist zu unbestimmt. Wir wollen, dass die Kommunen wirksam und effektiv Klimaschutz betreiben. Alibi-Projekte um nach außen die Pflichtaufgabe erledigt zu haben wären Verschwendung und damit Kontraproduktiv. Die Klimaschutzmaßnahmen einer Kommune müssen durch den Wähler bewertet und honoriert oder abgestraft werden.

Wir wollen dem Klimawandel auch auf kommunaler Ebene entgegenwirken und starke Akzente setzen. Deshalb begrüßen wir die Pläne der Landes CDU:

- Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe verstehen, die bei allen Entscheidungen der Regierung im Dialog mit den Menschen in Niedersachsen berücksichtigt werden muss. In diesem Zusammenhang wollen wir die Gesetzesfolgenabschätzung zu einem Nachhaltigkeits-Check weiterentwickeln.
- eine neue Organisationsform für Klimaschutz, Verkehr und Landesentwicklung in enger Absprache mit den Personalräten aufbauen, die es erlaubt, zusätzliches Planungspersonal zu gewinnen und Synergien zu nutzen. Mit einem umfassenden Ansatz nachhaltiger Landesentwicklung wird sie konsequent Pläne zum Klimaschutz und zu Einsparungsmöglichkeiten entwickeln.
- Mit Investitionen von mindestens 1 Mrd. Euro in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und effiziente CO<sub>2</sub>-Reduzierung schaffen.
- einen Klimafonds bei der NBank einrichten, mit dem klimafreundliche Maßnahmen in ganz Niedersachsen gefördert werden.

---

<sup>4</sup> <https://www.lrh.niedersachsen.de/download/122410> (eingesehen am 16.08.2022).

- neue Modelle für Investitionen der öffentlichen Hand wie „Contracting“ zur Sanierung öffentlicher Gebäude ausweiten.
- die niedersächsische Klimaschutz- und Energieagentur weiter stärken. Dadurch haben wir die Möglichkeit, die Unternehmen bei der Transformation ihrer Geschäftsmodelle hin zur Klimaneutralität effektiv zu unterstützen.
- Niedersachsen zum Solarland fortentwickeln, um mehr Photovoltaik- und Solarthermieanlagen in die Fläche zu bringen.
- gemeinsam mit den kommunalen Verbänden eine Klimaanpassungsstrategie entwickeln.
- durch Impulse in der Material- und Werkstoffforschung sowie in der Mobilitäts- und Fahrzeugforschung neue Transferpotentiale für eine ressourcenschonendere Mobilität und Produktion zu identifizieren und zu nutzen.
- verpflichtende Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen beim Bau von Radwegen und von Anlagen zur Produktion und Weiterleitung von erneuerbaren Energien abschaffen.

## Grüne

Wir treten dafür ein, dass der Klimaschutz zu einer kommunalen Pflichtaufgabe wird. Auf diese Weise sind die Kommunen zu entsprechenden Maßnahmen verpflichtet und es kann ihnen bei der Genehmigung des Haushaltes nicht entgegen gehalten werden, es würden zu hohe Ausgaben für freiwillige Leistungen veranschlagt. Das stärkt die Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer wichtigen Aufgaben im Klimaschutz. Mit dem Niedersachsenfonds wollen wir die Kommunen dabei unterstützen, ihre kommunalen Gebäude (Schulen etc.) energetisch zu sanieren. Außerdem soll die neu zu gründende Landesgesellschaft für Wohnen und Klima vorhandenen Gebäudebestand energetisch sanieren. Um die in Niedersachsen aufgrund deutlich unterdurchschnittlicher Landeszuweisungen schlechte Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern, wollen wir die Mittel für den kommunalen Finanzausgleich erhöhen.

## FDP

ich halte die Frage ob Pflichtaufgabe oder nicht für wenig zielführend - ich kann mir mittlerweile keine Kommune mehr vorstellen, die die Dringlichkeit des Themas nicht erkannt hat. Leider in den letzten Monaten noch unterstützt von der aktuellen Frage nach Energieeinsparungsmöglichkeiten angesichts der Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine und die drohende Gasknappheit - die Not macht das Thema also von allein zur Pflicht zur Zeit.

## VOLT

Klimaschutz soll eine kommunale Pflichtaufgabe werden. Dies stellt sicher, dass die Kommunen Personal und Ressourcen für den Klimaschutz bereitstellen. Wir wollen die niedersächsischen Kommunen finanziell besser aufstellen, um Ausgaben für den Klimaschutz stemmen zu können. Sie sollen mehr zweckungebundene Zuweisungen vom Land erhalten. Bund und Land sollen einen höheren Anteil der Sozialausgaben tragen, da diese für die Kommunen eine große Belastung sein können. Die Kommunen sollen einen größeren Anteil an den Einnahmen aus Einkommens- oder Körperschaftssteuern erhalten, um von der Konjunktur unabhängiger zu sein. Wir wollen den Best-Practice Austausch mit niedersächsischen, deutschen und europäischen Kommunen intensivieren, damit gute Ideen möglichst schnell verbreitet werden.

## Frage 11: Moorschutz

Wie möchten Sie mit dem Interessenkonflikt zwischen Naturschutz, Klimaschutz und anderen Nutzungsansprüchen wie Landwirtschaft oder Straßenbau bei Mooren umgehen?

### SPD

Mit dem Niedersächsischen Weg, den wir oben bereits angesprochen haben, steht uns ein bundesweit einmaliges Instrument zur Verfügung, mit dem wir gemeinsam mit Partner\*innen aus Landwirtschaft und Umweltschutzverbänden genau diese Konflikte besprechen und Strategien erarbeiten können. Natürlich gibt es bei einigen Punkten noch nicht die perfekte Lösung, aber alle Akteur\*innen bemühen sich darum. Das Thema Moorschutz steht bei uns aber definitiv auf der Agenda. Wir haben uns bereits dafür eingesetzt, dass das bestehende Aktionsprogramm Niedersächsische Moorlandschaften weiterentwickelt wird und neue wissenschaftliche Förderformate die Erkenntnisse über effektiven Moorschutz voranbringen. In unserem Wahlprogramm sprechen wir uns explizit für die Renaturierung von Mooren aus. Außerdem wollen wir eine Naturschutzstiftung gründen, die den Erwerb und die Wiedervernässung von Moorflächen effektiv umsetzen soll.

### CDU

Wir stehen voll hinter den Plänen im Regierungsprogramm der CDU für 2022-2027:

Niedersachsen ist auch geprägt von vielen Mooren, die vielen Pflanzen- und Tierarten Schutz bieten. Moore sind, wie Wälder auch, hervorragende CO<sub>2</sub>-Speicher. Zur Erreichung unserer Klimaziele ist ein effektiver Moorschutz daher essenziell. Ohne die notwendige Vernässung der Moore gelingt CO<sub>2</sub>-Speicherung allerdings nicht und der Kohlenstoff wird direkt wieder freigesetzt. Hier ist uns bewusst: Eine effektive Moorschutzstrategie können wir nur mit allen Menschen in Niedersachsen gemeinsam schaffen. Daher werden wir:

- eine Moorschutzstrategie in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Niedersachsen, den Naturschutzverbänden und den Landwirten analog dem Niedersächsischen Weg etablieren und das Thema ganzheitlich und vor allem mit Blick auf mögliche Interessenkonflikte betrachten. Es gilt dort anzufangen, wo die Wiedervernässung einfach umzusetzen ist. Wir werden sie nur mit einem umfassenden Nachteilsausgleich, einer Flurbereinigung und einem in einem Beteiligungsverfahren erarbeiteten Konzept umsetzen.
- ein Reallabor Moor einrichten und dieses mit den niedersächsischen Moormuseen vernetzen. Hierdurch wollen wir zu einem breiteren Verständnis für den Moorschutz sowie die Bedeutung eines lebendigen Moores für Wirtschaft und Gesellschaft schaffen.
- ein Förderprogramm zur langfristigen Unterstützung der Produktion von Torfmoor und zur Erforschung von Ersatzstoffen einbringen.

Neben einer Wiedervernässung der Moore streben wir ein klima- und umweltgerechtes Flächenmanagement an. Zusammenhängende Gebiete können so renaturiert und natürlicher Nutzung zugeführt werden. Wir werden daher:

- Brachflächenimmobilien besser umnutzen, zum Beispiel für Freiflächen-Photovoltaikanlagen.
- Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen konzentrieren, um bestehende Flächen weiter aufzuwerten. In Verbindung mit dem Niedersächsischen Weg bieten sich dafür Gewässerrandstreifen an.



## Grüne



Moorschutz und Landwirtschaft sind zweifellos ein großes Konfliktfeld, weil die auf der Mehrzahl der Moorflächen inzwischen gebräuchliche ackerbauliche Nutzung bei einer aus Sicht des Klimaschutzes ausreichenden Wiedervernässung nicht mehr möglich ist. Deshalb streben wir einerseits den Ankauf solcher Flächen, ggf. auch mit Hilfe ökologischer Flurneuordnungsverfahren an. Außerdem wollen wir die extensive Grünlandnutzung und neue Verfahren der nachhaltigen Moornutzung wie Paludikulturen fördern. Ein sehr wichtiges Feld ist zudem die Optimierung der oft unzureichenden Wiedervernässung ehemaliger Abtorfungsflächen und von Moorflächen im öffentlichen Eigentum.

## FDP



Moore wieder zu vernässen ist für Niedersachsen ein großes Thema, weil wir große Moorflächen in unserem Bundesland haben. Klimatisch genau die richtige Maßnahme, die wir auch unterstützen, allerdings müssen wir den Menschen, die auf diesem Boden arbeiten und wirtschaften andere Einkommensmöglichkeiten bieten und Landwirte bei der Umstellung ihrer Betriebe unterstützen - wenn sie dann z.B. keine Tiere mehr weiden lassen können.

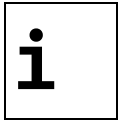
## VOLT



Wir streben eine sukzessive Reduktion der Flächenversiegelung auf unter 3 ha pro Tag bis 2030 (aktuell 6 ha) an. Außerdem setzen wir uns für ein Kompensationskataster ein, in dem Kompensationsmaßnahmen für Eingriffe in die Natur konsequent erfasst werden. Dadurch können diese besser kontrolliert werden. Der Interessenskonflikt an sich kann letztlich nur in Dialogprozessen der verschiedenen Akteure (Landwirt\*innen, Naturschützer\*innen, Landbesitzer\*innen) beigelegt werden. Diese Dialogprozesse strengen wir an. Moore müssen sukzessive wiedervernässt werden, um deren natürliche Senkenfunktion wiederherzustellen. Durch Forschung und Erprobung können die Flächen anschließend sowohl der Landwirtschaft (Paludikulturen) als auch dem Natur- (Schutzgebiete) und Klimaschutz (Energieerzeugung durch FreiflächenPV-Anlagen) dienen.

## Frage 12: Agrarwende

Wie kann das Land Niedersachsen den Umbau der Landwirtschaft zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise (d.h. u.a. Klimaneutralität, Schutz von Biodiversität und Grundwasser, Erhalt von kleineren, breit aufgestellten Betrieben) gestalten? Halten Sie es für notwendig, die Maßnahmen des Niedersächsischen Wegs zu erweitern?



Der „Niedersächsische Weg“ ist ein Kompromiss zwischen Politik, Umweltverbänden und Landwirtschaft, um eine umweltverträglichere Landwirtschaft zu erreichen.

### **SPD**



Ja, auf jeden Fall. Viele der angesprochenen Themen sind bereits im Niedersächsischen Weg aufgegriffen, wie beispielsweise das Thema Artenschutz. Aber es handelt sich insgesamt um einen Prozess und der ist noch lange nicht abgeschlossen, sondern wird kontinuierlich weiterentwickelt.

### **CDU**



Wir wollen das Erfolgsmodell des Niedersächsischen Weges weiter- und fortentwickeln. Einen fundamentalen Beitrag zum Klimaschutz (und Boden- und Faunaschutz) spielen in der Landwirtschaft Hecken. In anderen Ländern sind Hecken in der Landwirtschaft verbreiteter. Wir wollen die Hürden, die hier bestehen, beseitigen und Niedersachsen im Bereich Acker-Hecken voranbringen. Die Erhaltung der Schöpfung ist für uns wichtig und Kern unseres konservativen Verständnisses. Ein nachhaltiger Kreislauf auch in der Landwirtschaft ist die einzige zukunftsfähige Wirtschaftsweise.

Wir werden uns daher auch dafür einsetzen:

- die Voraussetzungen schaffen, das Beregnungsmanagement zu optimieren, um den Auswirkungen des Klimawandels effizient und gleichzeitig nachhaltig zu begegnen. Der Einsatz von KI-Projekten und digitalen Anwendungen ist ein wichtiger Baustein davon und soll flächendeckend etabliert werden.
- die Voraussetzungen schaffen, praxisorientierten Gewässerschutz in Kooperation mit allen Beteiligten zu betreiben.
- das Nitrat-Messstellennetz ausbauen und mit validen Maßgaben ertüchtigen und uns für europaweit gleiche Messbedingungen einsetzen.
- die kooperative Gewässerschutzberatung weiter ausbauen und finanziell tragfähig ausstatten.
- das Grünlandzentrum Niedersachsen/Bremen zu einem echten Zentrum für angewandte Forschung in den Grünlandgebieten ausbauen, um den Landwirten und den Umwelt- und Naturschützern die Möglichkeit zu geben, gemeinsam an Lösungen für den Schutz und die Weiterentwicklung des Grünlands in Niedersachsen unter wissenschaftlicher Begleitung zu arbeiten.
- Biobetriebe gesondert in branchenbezogenen Förderprogrammen berücksichtigen.
- die Umstellungsberatung stärken. Wir werden mehr Einstellungen von Fachkräften fördern, um den Bedarf an Umstellungsberatung im Zusammenhang mit den Zielen des Niedersächsischen Wegs zu decken. Als ersten Schritt wollen wir fünf Beratungskräfte unter finanzieller Förderung des Landes Niedersachsen bei den unterschiedlichen Umstellungsberatungsorganisationen einstellen.
- die Fördergelder für nicht investive Projekte zur Stärkung des Ökologischen Landbaus beibehalten und ausbauen.

- nachhaltige Maßnahmen zur Speicherung und Einlagerung von CO<sub>2</sub> in der Land- und Forstwirtschaft wie das sogenannte Carbon Farming in Anlehnung an die CO<sub>2</sub>-Bepreisung finanziell fördern.
- die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Landwirtinnen und Landwirten in Fragen des Tierwohls, Klimaschutzes und nachhaltiger Produktivitätssteigerungen gezielt fördern.
- die agrarwissenschaftliche Forschung an unseren Hochschulen stärken.
- eine Professur Ökolandbau an einer niedersächsischen Hochschule einrichten.
- das Programm „Smart-Farming-Berater“ initiieren, um Landwirte bei der Digitalisierung ihrer Betriebe und Beschaffung entsprechender Technologien zu unterstützen.
- in Niedersachsen die digitale Landwirtschaftsverwaltung einführen, damit der Datenaustausch im Sinne der Landwirtinnen und Landwirte zwischen Behörden deutlich beschleunigt und verbessert wird.
- in der niedersächsischen Landwirtschaft die Umsetzung von regionalen Energiekonzepten fördern, um die Versorgungssicherheit zu stärken und die Dezentralisierung des Energiesektors zu unterstützen.
- die Kopplung von Biogas, Windkraft und Solar mit grünem Wasserstoff H<sub>2</sub> und ebenso Nahwärmekonzepte fördern, damit Landwirte als Energiewirte im Rahmen der Dezentralisierung des Energiesektors auch einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.
- energetische Quartierskonzepte in den Kommunen unter vollständiger Berücksichtigung aller verfügbarer erneuerbarer Energien erstellen und passgenaue Förderkonzepte auflegen.

## Grüne



Die agrarpolitischen Weichenstellungen werden von der EU vorgenommen. Leider bleibt die EU-Agrarpolitik auch in der kommenden Förderperiode ab 2023 weit hinter den Anforderungen des Klima-, Umwelt- und Artenschutzes zurück. Trotzdem muss das Land seine Möglichkeiten bei der Gestaltung der sog. Agrarumweltprogramme gezielt dafür nutzen, nur solche Programme aufzulegen, die einen klaren Umweltnutzen haben. Außerdem muss die Einhaltung bestehender Rechtsvorschriften der Landwirtschaft endlich auch kontrolliert werden und das wir nur gehen, wenn die Kontrolle von der dafür aktuell zuständige Landwirtschaftskammer abgezogen und von einer Landesbehörde wahrgenommen wird. Der Niedersächsische Weg ist ein Konsens mit dem Ziel, den Artenschutz zu verbessern, für alle anderen Bereiche einer nachhaltigen Landwirtschaft ist er nicht konzipiert. Der Ansatz, der ja nur aufgrund des Volksbegehrens Artenvielfalt zustande gekommen ist, ist grundsätzlich gut, wird aber bisher unzureichend umgesetzt.

## FDP



Die agrarpolitischen Weichenstellungen werden von der EU vorgenommen. Leider bleibt die EU-Agrarpolitik auch in der kommenden Förderperiode ab 2023 weit hinter den Anforderungen des Klima-, Umwelt- und Artenschutzes zurück. Trotzdem muss das Land seine Möglichkeiten bei der Gestaltung der sog. Agrarumweltprogramme gezielt dafür nutzen, nur solche Programme aufzulegen, die einen klaren Umweltnutzen haben. Außerdem muss die Einhaltung bestehender Rechtsvorschriften der Landwirtschaft endlich auch kontrolliert werden und das wir nur gehen, wenn die Kontrolle von der dafür aktuell zuständige Landwirtschaftskammer abgezogen und von einer Landesbehörde wahrgenommen wird. Der Niedersächsische Weg ist ein Konsens mit dem Ziel, den Artenschutz zu verbessern, für alle anderen Bereiche einer nachhaltigen Landwirtschaft ist er nicht konzipiert. Der Ansatz, der ja nur aufgrund des Volksbegehrens Artenvielfalt zustande gekommen ist, ist grundsätzlich gut, wird aber bisher unzureichend umgesetzt.

## VOLT



Wir wollen in der Agrarförderung bis 2030 die Direktzahlungen durch Gemeinwohlprämien ersetzen. Dadurch sollen Anreize für nachhaltiges Wirtschaften gesetzt werden. Daneben fördern wir Innovationen, z.B. zur emissionsfreien Wiedergewinnung der Wertstoffe aus Wirtschaftsdünger. Wir setzen uns für eine steigende

Entlohnung der Landwirt\*innen ein, um eine extensivere Nutzung der Flächen zu ermöglichen. Die Stärke des niedersächsischen Weges liegt darin, dass er alle relevanten Akteure in Niedersachsen an einen Tisch bringt. Wir wollen ihn daher nicht einseitig erweitern, sondern mit allen Beteiligten gemeinsam über neue Maßnahmen sprechen, die wirtschaftliche Perspektiven und Nachhaltigkeit miteinander verbinden.

## Frage 13: Klimaanpassung

Mit welchen Instrumenten möchten Sie das Land Niedersachsen an die nicht mehr vermeidbaren Klimafolgen anpassen?

### SPD



Es geht grundsätzlich darum, besser mit Extremwetterlagen wie anhaltender Dürre und Überschwemmungen umzugehen. Daher müssen wir weiterhin unsere Feuerwehr und den Katastrophenschutz stärken und auf diese Ereignisse vorbereitet sein. Damit bekämpfen wir allerdings nur die Symptome und nicht die Ursache. Letztere können wir nur durch ein Stoppen des Klimawandels wirksam angehen. Dies versuchen wir zurzeit mit dem bereits angesprochenen massiven Ausbau von Erneuerbaren Energien.

### CDU



Wir möchten die Land- und Forstwirtschaft bei dem Wandel auf Dürre- und Hitzeresistente Anbauprodukte und Hitze- und Dürreschutzmaßnahmen unterstützen. In den Städten werden wir uns für eine frühzeitige Begrünung zur Abmilderung der Hitzeerscheinungen einsetzen. In den Wäldern wollen wir sofort und nicht nur mittelfristig die Aufforstung beschleunigen, da diese mit jedem Jahr schwerer werden wird. Die Bäume von morgen brauchen die Schatten der Bäume von heute. Wir möchten die Entsiegelung von Flächen fördern, um mehr Aufnahmekapazitäten für Starkregenereignisse zu schaffen. Wir möchten prüfen lassen, ob zur Wasserversorgung - mit CO2 freien Energieerzeugungsarten betriebene - Entsalzungsanlagen an der See einen Beitrag leisten können und realisierbar sind.

Ferner möchten wir:

- die Verbesserung des Hochwasserschutzes durch den Erlass eines eigenen Planungsbeschleunigungsgesetzes vorantreiben und die Mittel für den Hochwasserschutz erhöhen.
- in Zusammenarbeit mit den Deich-, Wasser- und Bodenverbänden ein integriertes Küstenschutzmanagement auf den Weg bringen. Hier werden auf Grundlage von ökologischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Situationen im Küstenbereich Handlungsempfehlungen vorgebracht.
- zukünftig die Schutzfunktion der niedersächsischen Nordseeinseln für das Festland in die mittelfristige Finanzplanung aufnehmen.
- den Küstenschutz zusammen mit allen Deichverbänden entsprechend verstärken. Steigende Meeresspiegel und Unwetterkatastrophen bedingen einen stärkeren Schutz der Küsten.
- die Investitionen in den Hochwasserschutz im Binnenland nachhaltig erhöhen.
- die Eingriffsregelung bei Deicherhaltung und Deichbau bezüglich der naturschutzfachlichen Kompensation neu bewerten und diesen Maßnahmen einen Sonderstatus einräumen, der sie aufgrund der Relevanz des Bevölkerungsschutzes von der Kompensationspflicht befreit.
- vermehrt Flächen für den vorbeugenden Hochwasserschutz durch Etablierung von Anreizsystemen für Landwirtinnen und Landwirte sowie Flächeneigentümerinnen und -eigentümer gewinnen. Durch gezielte Planung von Überschwemmungsgebieten können wir auftretende Hochwasser abmildern und einen bedeutenden Beitrag zum Bevölkerungsschutz leisten.
- die Vernetzung der Deutschen Allianz für Meeresforschung (DAM), des Forschungsverbands „Gute Küste“ und des Instituts für historische Küstenforschung ausbauen und weitere Akteure hinzuziehen, um Herausforderungen des Küstenschutzes künftig noch effektiver zu begegnen.

## Grüne



Wir müssen insgesamt resilienter gegen Extremwetterereignisse werden. Seien es Starkregenereignisse, wie wir sie im vergangenen Jahr in Teilen von NRW und Rheinland-Pfalz erlebt haben oder sei es die Dürre, die wir in diesem Jahr in großen Teilen Europas erleben. Konkret heißt das mehr Naturnähe: Wir müssen dafür sorgen, dass das Niederschlagswasser besser in der Fläche gehalten wird. Das schützt gleichzeitig besser vor Überschwemmungen, wie vor den Folgen einer Dürre. In den Städten müssen wir für eine bessere Durchlüftung und mehr grün in der Stadt sorgen. Denn Pflanzen spenden Schatten und haben durch ihre Verdunstung kühlende Effekte.

## FDP



hier müssen wir über Deicherhöhungen und bauliche Veränderungen wie Speichermöglichkeiten bei Starkregenereignissen genauso reden wie über die gute alte Schwelle als Schutz vor eindringendes Wasser in Gebäude. In meinen Augen wird in der Praxis gerade über die baunahen Maßnahmen noch zu wenig gesprochen. Ich sehe als erstes also hier noch viel viel Informationsbedarf und als nächste Schritt viel Kommunikation und ein breite öffentliche Diskussion, die in diesen Punkten noch zu wenig Fahrt aufgenommen hat

## VOLT



Wir wollen das Gesundheitssystem auf Prävention ausrichten, denn Menschen mit Vorerkrankungen sind anfälliger für Gesundheitsschäden durch Hitze. Städte wollen wir bei der Anpassung auf Extremwetter (große Niederschläge, Hitze) durch das Land finanziell unterstützen. Dasselbe gilt für Küstengebiete, die Maßnahmen gegen den steigenden Meeresspiegel vornehmen müssen. Die Klimakrise wird zu mehr Naturkatastrophen führen. Wir wollen daher den Rettungsdienst stärker vereinheitlichen und so flächendeckend eine hohe Qualität sicherstellen. Der Katastrophenschutz soll modernisiert, digitalisiert, stärker auf Prävention ausgerichtet und von bestehender Infrastruktur möglichst unabhängig gemacht werden. Regelmäßige Übungen sollen die Kompetenz der Bevölkerung im Katastrophenfall verbessern.